

GEMEINSAM VERANTWORTUNG FÜR GIEßEN ÜBERNEHMEN

Koalitionsvertrag 2026 – 2031

CDU • **SPD** • **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

UNIVERSITÄTSSTADT GIEßEN

Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen 2026 – 2031

Inhalt

Präambel	5
Haushalt, Finanzen und Verwaltung	7
Solide Finanzen als Grundlage kommunaler Handlungsfähigkeit	7
Moderne, digitale und bürgernahe Verwaltung.....	7
Effiziente Verwaltungsstrukturen und verantwortungsvolle Personalpolitik	8
Bürokratie abbauen – Entscheidungen beschleunigen	8
Wirtschaftsfreundliche Verwaltung	9
Nachhaltiges Gebäude- und Flächenmanagement.....	10
Verantwortungsvoller Umgang mit Steuern und Ausgaben	10
Kommunale Finanzen gegenüber Bund und Land stärken	11
Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit	13
Sicherheit und Ordnung als Grundlage einer lebenswerten Stadt.....	13
Starke Ordnungskräfte und wirksame Gefahrenabwehr	13
Gemeinsam für mehr Sicherheit in Gießen	14
Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und Krisenvorsorge stärken.....	14
Sauberes Gießen – Verantwortung für unsere Stadt	15
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	16
Ehrenamt stärken – gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern	16
Bürgerbeteiligung weiterentwickeln	16
Demokratie stärken – Extremismus entschlossen entgegentreten.....	17
Erinnerungskultur lebendig gestalten	17
Gedenkort bewahren und weiterentwickeln.....	18
Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft	19
Bezahlbaren Wohnraum schaffen und Bauen erleichtern.....	19
Stadtentwicklung vorantreiben	21
Klimagerechte und lebenswerte Stadtentwicklung	23
Eine lebendige Innenstadt als Zentrum des urbanen Miteinanders.....	24
Attraktive und sichere Innenstadt	24
Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze sichern	25
Gießen als Teil der Gesundheitsregion Mittelhessen stärken und positionieren	26
Innovationen, Gründungen und Fachkräfte fördern.....	26



Wirtschaftsförderung verstärken und optimieren	27
Regionalität und Mittelstand stärken.....	28
Digitalisierung.....	29
Hochschulstandort Gießen	29
Hochschulen und Wirtschaft besser vernetzen	30
Kunst- und Kreativwirtschaft	30
Städtepartnerschaften und Internationales	31
Kultur und Sport.....	32
Kultur als Teil unserer Stadtidentität.....	32
Kultur zukunftsfähig weiterentwickeln	32
Kulturveranstaltungen und Hessentag	34
Sport für alle Generationen	34
Moderne Sportstätten für Gießen	35
Bewegung und Freizeit fördern	36
Ehrenamt und Sportveranstaltungen stärken	36
Breiten- und Spitzensport gemeinsam fördern.....	37
Familie, Bildung, Jugend und Soziales.....	38
Familien stärken – beste Chancen von Anfang an	38
Bildung als Schlüssel für die Zukunft	39
Kinder, Jugendliche und Familien unterstützen	40
Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden und weiteren freien Trägern der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit	41
Soziale Teilhabe und Gesundheit sichern	42
Frauen, Gleichstellung und Gewaltschutz.....	43
Vielfalt, Inklusion, Integration	44
Mobilität, Energie, Umwelt und Klima.....	46
Mobilität	46
Energie	50
Umwelt und Klima	53
Stadtbäume schützen, pflegen und ausbauen.....	54
Präventiv handeln	54
Grundsätze der Zusammenarbeit.....	56
Grundhaltung unserer gemeinsamen Politik.....	56
Dezernatsverteilung	57
Hauptamtlicher Magistrat	57



Ehrenamtlicher Magistrat mit Dezernat	57
Personelle Besetzung weiterer Funktionen.....	57
Oberbürgermeisterwahl 2027	58
Inkrafttreten.....	58



Präambel

CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen übernehmen gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt. Uns verbindet das Ziel, Gießen wirtschaftlich stark, sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und finanziell handlungsfähig weiterzuentwickeln. Dabei bringen wir unterschiedliche politische Traditionen und Schwerpunkte ein. Gerade diese unterschiedlichen Perspektiven verstehen wir als Stärke: Wir wollen Herausforderungen sachorientiert lösen, tragfähige Kompromisse finden und Politik gestalten, die das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt.

Die Universitätsstadt Gießen steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Notwendige Investitionen in die städtische Infrastruktur wie Bildungsbauten, Mobilität, Digitalisierung und Städtebau, der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, die Anforderungen des Klimawandels, die Stärkung von Sicherheit und Ordnung sowie der Anspruch an eine moderne, leistungsfähige Verwaltung verlangen nach verantwortungsvollen Entscheidungen und einer verlässlichen politischen Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage.

Grundlage unseres Handelns ist der Wille, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt dauerhaft zu sichern. Dazu braucht es eine solide Haushaltspolitik, aber auch eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch Land und Bund, damit die Voraussetzungen dafür gegeben sind, die kommunale Daseinsvorsorge zu gewährleisten, notwendige Investitionen zu ermöglichen und kommende Generationen nicht übermäßig zu belasten. Gleichzeitig wollen wir die Zukunftschancen Gießens konsequent nutzen – als Wissenschafts-, Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Sportstadt im Herzen Mittelhessens.

Wir wollen eine Stadt, die Chancen eröffnet, Sicherheit vermittelt und Zusammenhalt stärkt. Eine Stadt, in der Familien gute Lebensbedingungen vorfinden, Kinder und Jugendliche bestmöglich aufwachsen können, ältere Menschen selbstbestimmt leben, Wirtschaft und Wissenschaft gute Rahmenbedingungen vorfinden und Ehrenamt, Kultur sowie Sport ihren



festen Platz haben. Gleichzeitig wollen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und Gießen widerstandsfähig gegenüber den Folgen des Klimawandels machen.

Für uns ist Gießen mehr als seine Innenstadt. Unsere Stadt lebt von der Vielfalt ihrer Stadtteile, ihren gewachsenen Strukturen und dem starken ehrenamtlichen Engagement vor Ort. Deshalb verstehen wir die Kernstadt und die Stadtteile als gleichwertige Bestandteile einer gemeinsamen Stadt. Unser Ziel ist eine ausgewogene Entwicklung aller Stadtteile, damit gute Lebensbedingungen, eine leistungsfähige Infrastruktur und attraktive öffentliche Räume in ganz Gießen selbstverständlich sind. Die Ortsbeiräte in Allendorf, Kleinlinden, Lützellinden, Rödgen und Wieseck leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag, indem sie die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in die kommunalpolitischen Entscheidungen einbringen. Ihre Arbeit werden wir stärken und sie frühzeitig und verlässlich in die Entwicklung unserer Stadt einbeziehen. Bei der Quartiersweiterentwicklung werden wir bestehende Quartiersgremien weiterhin mit einbeziehen.

Unsere Zusammenarbeit ist geprägt von Respekt, Verlässlichkeit und dem gemeinsamen Anspruch, Entscheidungen transparent, verantwortungsvoll und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Dieser Koalitionsvertrag bildet die Grundlage unseres gemeinsamen politischen Handelns für die aktuelle Wahlperiode. Er beschreibt unsere gemeinsamen Ziele und Prioritäten und ist Ausdruck unseres Willens, Gießen gemeinsam verantwortungsvoll, sachorientiert und zukunftsorientiert zu gestalten.



Haushalt, Finanzen und Verwaltung

Solide Finanzen als Grundlage kommunaler Handlungsfähigkeit

Die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Universitätsstadt Gießen ist eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage und der gleichzeitig notwendigen Zukunftsinvestitionen verständigen wir uns auf folgende gemeinsame Ziele und Maßnahmen.

Wir bekennen uns zu einer soliden, generationengerechten und verantwortungsvollen Finanzpolitik. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Universitätsstadt Gießen ist die Grundlage dafür, auch künftig Investitionen zu tätigen und die Lebensqualität in unserer Stadt sichern zu können. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren eine konsequente Haushaltskonsolidierung vorantreiben.

Moderne, digitale und bürgernahe Verwaltung

Wir wollen die Stadtverwaltung zukunftsfest, leistungsfähig und bürgernah weiterentwickeln. Deshalb werden wir die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen, Verwaltungsabläufe verschlanken und modernisieren, Zuständigkeiten bündeln und Organisationsstrukturen effizient gestalten. Neue technologische Möglichkeiten, insbesondere Anwendungen der Künstlichen Intelligenz, sollen dort eingesetzt werden, wo sie Verwaltungsprozesse beschleunigen, Beschäftigte entlasten und den Bürgerservice verbessern können. Unser Ziel ist eine möglichst vollständig digital verfügbare Verwaltung mit einfachen, medienbruchfreien Verfahren.

Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit mit den Kommunen der Region gezielt weiterentwickeln und überall dort ausbauen, wo sie zu einer effizienteren Aufgabenerfüllung, einer wirtschaftlicheren Verwendung öffentlicher Mittel, einer besseren Auslastung personeller und technischer Ressourcen sowie einer höheren Qualität kommunaler Dienstleistungen führt. Dabei setzen wir auf freiwillige Kooperationen, den Austausch von Fachwissen und die Bündelung gemeinsamer Aufgaben, um Synergien zu nutzen, Doppelstrukturen zu vermeiden und die kommunale Leistungsfähigkeit langfristig zu stärken.



Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern einen modernen, leistungsfähigen und zugleich wirtschaftlichen Service anzubieten.

Effiziente Verwaltungsstrukturen und verantwortungsvolle Personalpolitik

Im Rahmen einer verantwortungsvollen Personalentwicklung wird die Stadtverwaltung ihre Aufgaben regelmäßig auf Effizienzpotenziale überprüfen. Freiwerdende Stellen werden unter Berücksichtigung der jeweiligen fachlichen, organisatorischen und gesetzlichen Erfordernisse bewertet und auf die Notwendigkeit einer Nachbesetzung kritisch überprüft. Die Koalitionäre sind sich darüber einig, dass in den kommenden fünf Jahren das Personal innerhalb der Verwaltung grundsätzlich reduziert werden muss. Dazu wird in allen Ämtern und Organisationseinheiten ein strukturierter Plan zur Stellenbewirtschaftung aufgestellt, der zum notwendigen Stellenabbau beiträgt. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung langfristig zu sichern und gleichzeitig einen verantwortungsvollen Umgang mit personellen Ressourcen zu gewährleisten. Dabei werden gesetzliche Aufgaben und die Sicherstellung eines leistungsfähigen Bürgerservices im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt berücksichtigt.

Bürokratie abbauen – Entscheidungen beschleunigen

Wir werden die Stadtverwaltung konsequent entbürokratisieren. Satzungen, Richtlinien und Gebührenordnungen werden regelmäßig auf Praxistauglichkeit, Verständlichkeit und Notwendigkeit überprüft und Verwaltungsverfahren vereinfacht und beschleunigt. Hierzu werden Förder-, Genehmigungs-, Vergabe- und Beschaffungsprozesse regelmäßig auf Vereinfachungs- und Beschleunigungspotenziale überprüft. Ziel ist es, Bearbeitungszeiten zu verkürzen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die Umsetzung kommunaler Projekte zu erleichtern. Bürokratieabbau dient gleichermaßen der Entlastung der Verwaltung sowie von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen.

Die bestehenden Spielräume des Tarif- und Vergaberechts werden konsequent genutzt. Verfahrensabläufe und Zuständigkeiten werden regelmäßig auf ihre Umsetzbarkeit und



Wirtschaftlichkeit überprüft und bei Bedarf angepasst. Insbesondere sollen Ausschreibungs- und Vergabeverfahren vereinfacht sowie vermeidbare Verfahrensschritte eingespart werden.

Vor dem Hintergrund gestiegener Bau- und Investitionskosten werden wir die Wertgrenzen für politische Beschlussfassungen sowie verwaltungsinterne Zuständigkeiten überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Ziel ist es, Entscheidungswege zu verkürzen, die politischen Gremien von Routineentscheidungen zu entlasten und schneller zu handeln.

Fördermittel von Bund, Land und Europäischer Union werden weiterhin aktiv eingeworben. Gleichzeitig werden städtische Förderverfahren so ausgestaltet, dass der bürokratische Aufwand für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Institutionen, Unternehmen und Verwaltung auf das notwendige Maß begrenzt wird. Darüber hinaus werden städtische Förderprogramme weiterhin regelmäßig auf ihre Zielgenauigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und ihren Beitrag zur Erreichung der angestrebten Ziele überprüft und bei Bedarf weiterentwickelt.

Wir prüfen regelmäßig, ob und welche Aufgaben die Stadtverwaltung in Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften auslagern oder delegieren kann, damit sie wirtschaftlicher und effizienter umgesetzt werden können.

Wirtschaftsfreundliche Verwaltung

Wir werden politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort treffen und gegebenenfalls Unternehmen, BIDs, Kammern und Wirtschaftsverbände frühzeitig einbinden. Ziel ist eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung, die Investitionen erleichtert und unnötige Belastungen vermeidet.

Wir wollen die sozialen Leistungen in Gießen verlässlich, bürgernah und wirtschaftlich organisieren. Ziel ist es, gesetzliche Leistungsansprüche schnell, unbürokratisch und in hoher Qualität umzusetzen. Dabei prüfen wir auch innovative Organisations- und Steuerungsmodelle – beispielsweise im Rahmen von Modellprojekten oder pauschalierten Leistungsformen –, sofern diese zu einer effizienteren Verwaltungsorganisation und einer besseren Unterstützung der Menschen beitragen. Eine Absenkung gesetzlich garantierter sozialer Leistungen ist damit ausdrücklich nicht verbunden. Deshalb wollen wir präventive Angebote in den Bereichen Jugend, Familie und Soziales gezielt stärken, um Problemlagen



frühzeitig zu begegnen und den Bedarf an kostenintensiven Hilfen möglichst zu reduzieren. Wir werden prüfen, in welchen Bereichen pauschalisierte Leistungsformen gegenüber Einzelfallleistungen Vorteile für Betroffene und Verwaltung bieten können. Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass gesetzlich vorgesehene Kostenbeiträge zeitnah erhoben und bestehende Erstattungsansprüche gegenüber Dritten konsequent geltend gemacht werden. Darüber hinaus werden wir die Rückgriffsquoten beim Unterhaltsvorschuss analysieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Kostenerstattung forcieren.

Nachhaltiges Gebäude- und Flächenmanagement

Wir organisieren ein strukturiertes, planvolles und wirtschaftliches Gebäude- und Raummanagement. Dafür werden die Aufgaben zukünftig konzentriert mit dem Ziel, die Gebäudeunterhaltung, das infrastrukturelle Management (Objektservice) und das strategische Management (Steuerung und Controlling inklusive der Liegenschaften) zukunftsfähig für Nutzende und Verwaltung aufzustellen.

Vor einer Anmietung sind vorhandene Flächen und Optimierungsmöglichkeiten innerhalb des städtischen Gebäudebestands vorrangig zu prüfen sowie nach Fachlichkeit und Wirtschaftlichkeit zu entscheiden. Neue Anmietungen externer Büro- und Verwaltungsflächen sollen möglichst vermieden werden.

Verantwortungsvoller Umgang mit Steuern und Ausgaben

Wir werden die Bürgerinnen und Bürger nicht durch neue kommunale Steuern und Abgaben zusätzlich belasten. Gleichzeitig werden wir die Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Stadt in regelmäßigen Abständen überprüfen, um eine nachhaltige Finanzierung kommunaler Aufgaben sicherzustellen. Diese Überprüfung auf Zielgenauigkeit, Treffsicherheit und Bedarfsorientierung wird es auch bei den freiwilligen Leistungen geben. Es werden keine neuen freiwilligen Leistungen eingeführt, ohne dass an anderer Stelle eine entsprechende Kompensation erfolgt.

Die aus der Zensusfeststellung resultierenden erheblichen Einnahmeverluste für die Universitätsstadt Gießen halten wir für nicht hinnehmbar. Wir werden das laufende Verfahren



mit Nachdruck weiterführen und uns gemeinsam mit anderen betroffenen Kommunen für eine sachgerechte Berücksichtigung der tatsächlichen Einwohnerentwicklung und für eine faire Finanzausstattung einsetzen.

Bei der Grundsteuer B werden wir Bürgerinnen und Bürger nicht über das notwendige Maß hinaus belasten. Um die Mindereinnahmen durch die Grundsteuerreform auszugleichen planen wir das Steueraufkommen der Grundsteuer B auf das Niveau vor der Reform anzupassen.

Die Gewerbesteuer ist eine weitere zentrale Einnahmequelle der Stadt und zugleich ein wichtiger Standortfaktor für die heimische Wirtschaft. Wir bekennen uns zu einer verlässlichen und planbaren Steuerpolitik und werden den Hebesatz der Gewerbesteuer in dieser Wahlperiode konstant halten. Damit schaffen wir Planungssicherheit für Unternehmen, stärken den Wirtschaftsstandort Gießen und setzen ein klares Signal für Investitionen, Innovation und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die Koalitionspartner stellen sich gemeinsam der Aufgabe, genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, besteht bei allen Partnern die Bereitschaft, sämtliche Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen, um Einsparmöglichkeiten zu nutzen. Sollte dies nicht ausreichen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, werden auch die Möglichkeiten geprüft, Einnahmen zu erhöhen oder zusätzlich zu generieren.

Kommunale Finanzen gegenüber Bund und Land stärken

Zusätzlich zu den bisher genannten Maßnahmen werden wir das bestehende Haushaltssicherungskonzept weiterentwickeln, die darin enthaltenen, bislang noch nicht umgesetzten Maßnahmen überprüfen und – soweit sie weiterhin sachgerecht und umsetzbar sind – möglichst zeitnah realisieren und neue Maßnahmen identifizieren.

Wir verfolgen das grundsätzliche Ziel eines ausgeglichenen und nachhaltig ohne strukturelles Defizit geführten Ergebnishaushaltes. Hierfür werden städtische Aufgaben, Projekte und Investitionen nach ihrer Dringlichkeit, ihrem Nutzen für die Stadtgesellschaft, ihrer strategischen Bedeutung, sowie ihrer finanziellen Tragfähigkeit priorisiert. Zugleich ist es unser gemeinsames Ziel, trotz notwendiger Haushaltsdisziplin die Leistungsfähigkeit der Stadt



zu erhalten, Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen und das vielfältige gesellschaftliche und kulturelle Leben in Gießen nachhaltig zu sichern.

Die Koalition wird regelmäßig überprüfen, ob die beschlossenen Konsolidierungs- und Modernisierungsmaßnahmen ihre angestrebte Wirkung erreichen, und diese bei Bedarf weiterentwickeln.

Die nachhaltige Sicherung der städtischen Finanzen erfordert neben eigenen Konsolidierungsanstrengungen auch verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen durch Bund und Land. In den vergangenen Jahren wurden den Kommunen immer wieder neue oder erweiterte Aufgaben übertragen, ohne dass deren Finanzierung dauerhaft und vollständig sichergestellt wurde. Dadurch werden die finanziellen Handlungsspielräume der Städte zunehmend eingeschränkt und die kommunale Gestaltungsfreiheit erheblich belastet.

Wir setzen uns daher gemeinsam gegenüber Bund und Land für die konsequente Einhaltung der Veranlassungs-Konnexität („Wer bestellt, bezahlt“) ein. Neue oder erweiterte Aufgaben müssen vollständig und dauerhaft gegenfinanziert werden. Gleichzeitig sprechen wir uns für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und eine Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs aus, damit die Universitätsstadt Gießen ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen, notwendige Zukunftsinvestitionen tätigen und ihre kommunale Selbstverwaltung wirksam ausgestalten kann. Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können den Bürgerinnen und Bürgern eine leistungsfähige Verwaltung sowie ein lebenswertes, vielfältiges und zukunftsfähiges Gemeinwesen bieten.

Das Infrastruktursondervermögen des Bundes bietet die Chance, dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur schneller zu realisieren. Wir werden diese zusätzlichen Mittel zielgerichtet, wirtschaftlich und verantwortungsvoll einsetzen. Für uns ist klar: Bundesmittel sollen den Investitionsspielraum der Stadt erweitern und dürfen nicht dazu führen, notwendige Haushaltskonsolidierungen oder eine solide Finanzpolitik zu ersetzen.



Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit

Sicherheit und Ordnung als Grundlage einer lebenswerten Stadt

Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung auch weiterhin ein Teil der Grundlage des Miteinanders in der Stadt sind. Hierbei wird es als unablässige Pflicht angesehen, das Sicherheitsempfinden der Bürgerschaft ernst zu nehmen und der allgemeinen Sauberkeit auf Straßen, Wegen und Plätzen als dauerhafte Aufgabe Rechnung zu tragen. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit tragen auch zur allgemeinen Attraktivität und Lebensqualität in der Stadt bei - nicht nur für die Bürgerschaft von Gießen, sondern auch für die Besucherinnen und Besucher unserer Stadt.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Stadt ihre hierfür rechtlich, organisatorisch und finanziell zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen und nutzen wird, um dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in der Stadt verstärkt Rechnung zu tragen. Hierzu gehören Prävention ebenso wie konsequente Sanktionen. Daher wird die aufsuchende Sozialarbeit weiter verstärkt werden, da hier der erste Anknüpfungspunkt für eine Problemlösung sein kann. Hier werden die markanten Plätze und Straßen der Stadt im Fokus stehen. Gleichzeitig besteht darüber Konsens, dass bereits identifizierte Angsträume in Gießen weiter beseitigt werden und im Rahmen der Stadtplanung ein Entstehen neuer Angsträume verhindert wird.

Starke Ordnungskräfte und wirksame Gefahrenabwehr

Die Struktur und Organisation der städtischen Ordnungskräfte werden fortwährend überprüft und bei Bedarf den Herausforderungen angepasst. Im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanungen wird die personelle, strukturelle und materielle Ausstattung der städtischen Ordnungskräfte regelmäßig überprüft und bei Bedarf nach den gegebenen Möglichkeiten ausgebaut und weiter verbessert.

Eine Verstärkung der Präsenz von Ordnungskräften und Polizei in der Stadt wird ein Mittel zur Verbesserung der Prävention und Verstärkung des Sicherheitsempfindens sein. Deshalb setzen wir uns bei der Polizei für weitere mobile Polizeiwachen ein. Auch ist die allgemeine Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und



Ordnung auf und an den Straßen und Anlagen der Stadt Gießen konsequent anzuwenden, wenn dies zur Verbesserung der Sicherheitssituation vor Ort dienen kann.

Gemeinsam für mehr Sicherheit in Gießen

Die enge und abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den städtischen Ordnungskräften, den städtischen Institutionen der aufsuchenden Sozialarbeit, der Justiz und der Polizei wird ausgebaut. Die Fortsetzung des regelmäßigen Erfahrungsaustauschs und der gemeinsamen Gesprächsrunden wird als Grundlage für die Weiterentwicklung vorausgesetzt. In Zusammenarbeit mit der Polizei sollen auch die Möglichkeiten, die sich durch das in Gießen ansässige Polizeipräsidium und der in Lich beheimateten Bereitschaftspolizeiabteilung Mitte ergeben, verstärkt genutzt werden.

Videoschutzanlagen und Waffenverbotszonen können wichtige Elemente für die Aufrechterhaltung der Sicherheit sein. Wir werden, nach der Evaluation bereits umgesetzter Maßnahmen, auf der Grundlage einer gemeinsam mit der Polizei durchzuführenden Sicherheits- und Kosten-Nutzen-Analyse die Notwendigkeiten und rechtlichen Möglichkeiten weiterer Inbetriebnahmen von Videoschutzanlagen und der Einrichtung von Waffenverbotszonen in Gießen prüfen. Der freiwillige Polizeidienst ist beizubehalten und in seiner Ausstattung und Arbeit zu unterstützen, sofern dies seitens der Stadt zu erbringen ist. Zuschüsse und Fördermöglichkeiten, die sich durch das Land ergeben, sind bei dessen Finanzierung zu nutzen.

Der Masterplan zur kommunalen Sicherheit in Gießen und der 5-Punkte-Plan für ein sicheres Nachtleben sollen weiter umgesetzt werden, eine Evaluation und ggf. Anpassung soll im Laufe der Wahlperiode stattfinden.

Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und Krisenvorsorge stärken

Bevölkerungsschutz und Krisenvorsorge sind zentrale Aufgaben kommunaler Verantwortung, die die Sicherheit unserer Bevölkerung garantieren. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Gießens hängt an dieser Stelle ganz wesentlich davon ab, dass die Arbeit der Gießener Feuerwehren, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes wertgeschätzt und



anerkannt werden. Diese Dienste sollen durch die Förderung moderner Ausstattung und Gerätehäuser kontinuierlich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt die Anerkennung erfahren, die auch den dort zahlreich arbeitenden Ehrenamtlichen gebührt. Besonderes Augenmerk werden wir hierbei auf die Unterstützung der Jugendarbeit in diesem Bereich legen. Mit dem Krisenstab der Stadtverwaltung im Krisenfall ist eine verbindliche Struktur geschaffen, dass alle relevanten Akteure wie u. a. Verwaltung und Einsatzkräfte im Ernstfall reibungslos zusammenarbeiten können. Wir werden diese Krisenstrukturen festigen und fortentwickeln, um für Herausforderungen von Extremwetter über Energieversorgung bis hin zu digitalen Bedrohungen sehr gut vorbereitet zu sein.

Wir sind uns einig, dass insbesondere die Sicherstellung kritischer kommunaler Infrastrukturen, die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Verwaltung sowie eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden von Bund und Land, den Hilfsorganisationen, der Bundeswehr und weiteren Partnern weiter vorangetrieben werden soll. Dazu erwarten wir, dass der Bund die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Ziel ist es, die Resilienz unserer Stadt zu stärken und Gießen auch für außergewöhnliche Krisen- und Verteidigungslagen bestmöglich vorzubereiten.

Sauberes Gießen – Verantwortung für unsere Stadt

Auch im Bereich Sauberkeit der Stadt Gießen verständigen sich die Koalitionspartner darauf, im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanungen die personelle, strukturelle und materielle Ausstattung des Stadtreinigungs- und Fuhramtes regelmäßig zu überprüfen und bei Bedarf nach den gegebenen Möglichkeiten Verbesserungen vorzunehmen. Eine bessere Vernetzung aller beteiligten Akteure bei der Bewirtschaftung der Flächen der Stadt wird als sinnvolle Maßnahme erachtet, das Erscheinungsbild unserer Stadt stetig zu verbessern. Ein Fokus soll auf den Stadtteilen liegen.

CDU, SPD und Grüne bekennen sich zu einer ergebnisoffenen Prüfung, ob eine Überführung des Stadtreinigungs- und Fuhramtes in einen städtischen Eigenbetrieb umgesetzt werden soll.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass eine saubere Stadt und stabile Gebühren für die Abfallbeseitigung nur dann realisierbar sind, wenn Bürgerinnen und Bürger



eigenverantwortlich handeln und das Thema der Abfallvermeidung wieder in den Fokus rückt. Hierfür werden in einem ersten Schritt eine Aufklärungskampagne auf der einen und verbesserte Angebote der Stadt bei der kostenlosen Sperrmüllabfuhr und der kostenlosen Sperrmüllannahme am Wertstoffhof auf der anderen Seite anstreben. Die Ahndung illegaler Müllablage wird forciert. Die Ausweitung der Teilnahme Gießener Unternehmen am erfolgreichen Programm „Nette Toilette“ wird weiter aktiv vorangetrieben.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ehrenamt stärken – gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Bürgerschaftliches Engagement hat in unserer Stadt einen hohen Stellenwert und ist eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen weiterhin gute Rahmenbedingungen mit verlässlicher Unterstützung bieten und unsere Ehrenamtssäule strategisch weiterentwickeln. Den Eckpfeiler bildet dabei die hauptamtliche Koordination mit der Förderung des Gießener Freiwilligenzentrums sowie des Vereins Ehrenamt.

Wir wollen Vereinen und Initiativen, die im Auftrag der Stadt wichtige Aufgaben übernehmen, auch weiterhin eine personelle und finanzielle Unterstützung ermöglichen, damit dieses Engagement erfolgreich weitergeführt werden kann. Bewährte Instrumente wie die Verleihung der Ehrenamtskarte sollen beibehalten und weitere Unterstützungsmöglichkeiten etwa durch eine Überprüfung der allgemeinen Förderrichtlinie sollen ausgelotet werden, um auch in Zukunft unbürokratische, transparente Unterstützung für Ehrenamtsstrukturen ermöglichen zu können.

Bürgerbeteiligung weiterentwickeln

Bürgerbeteiligung vor Ort lebt vom Mitreden, Mitgestalten und Mitentscheiden. Mit der Einwohnerbeteiligungssatzung wurde ein verbindlicher Rahmen geschaffen, der Beteiligung stärkt, transparenter macht und frühzeitige Mitsprache ermöglicht.

Auch weiterhin werden bisher bewährte Formate wie Bürgerinformationsveranstaltungen, Quartiersgremien und Quartiersdialoge Bestandteil der Stadtpolitik sein. Wir möchten digitale Beteiligungsformate etwa für Umfragen oder Dialogprozesse weiter ausbauen. Für das



Erschließen neuer Zielgruppen wollen wir auch auf die stärkere Nutzung innovativer Formate setzen.

In diesem Zusammenhang ist uns die Kinder- und Jugendbeteiligung in Gießen besonders wichtig. Wir unterstützen die Fortführung des erfolgreichen Programms „Jugend im Rathaus“.

Demokratie stärken – Extremismus entschlossen entgegentreten

Wir stehen für eine Stadt, die aus ihrer Geschichte lernt und ihre Demokratie stärkt.

Die Säulen Erinnerungskultur, politische Bildung und demokratische Teilhabe gehören deshalb für uns untrennbar zusammen. Gießen verfügt bereits über eine vielfältige und lebendige Erinnerungskultur, die wir weiter ausbauen möchten.

Das mit Bundesmitteln geförderte städtische Programm „Partnerschaft für Demokratie“, mit dem zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und gegen Extremismus gestärkt wird, wollen wir weiterführen und die dafür notwendigen Anträge beim Bund und Land Hessen (Ko-Finanzierung, Programm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“) stellen. Die erfolgreiche Arbeit des Jugendbildungswerks und der DEXT-Fachstelle im Bereich der Demokratieförderung werden wir weiter unterstützen.

Erinnerungskultur lebendig gestalten

Wir möchten die Zusammenarbeit mit dem Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen intensivieren und diesen stärker in die städtische Bildungs- und Erinnerungsarbeit einbinden. Gemeinsam mit dem Lern- und Erinnerungsort wollen wir Geschichte und Demokratie erlebbar machen. Künftig soll auch die Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit gemeinsam mit dem Lern- und Erinnerungsort ausgerichtet werden. So verbinden wir nationale Erinnerung mit lokaler Geschichte und demokratischer Bildung.

Die vielfältige und gewachsene Erinnerungskultur Gießens mit den städtischen Gedenkveranstaltungen zur Pogromnacht 1938, zur Deportation der letzten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der Goetheschule, zur Deportation der Gießener Sinti und Jenischen sowie zur Bombardierung Gießens am 6. Dezember 1944 soll beibehalten und



gleichzeitig mit den beteiligten Akteuren behutsam so weiterentwickelt werden, dass sie möglichst breite Teile der Stadtgesellschaft stärker ansprechen kann.

Zur Gedenkkultur zählen ebenso die Infotafeln der Reihe „Gießen historisch“ an prägenden Orten der Stadtgeschichte, die Verlegung von Stolpersteinen sowie thematische Stadtrundgänge zu unterschiedlichen Aspekten der Gießener Vergangenheit. Hier werden wir prüfen, wie diese Angebote weiterentwickelt werden können. Mit der Neukonzeption der Dauerausstellung des Museums für Gießen wollen wir die Stadtgeschichte neu und zeitgemäß zugänglich machen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, stärker und sichtbarer an die amerikanische Präsenz und ihr Engagement zu erinnern, die von 1945 bis 2007 das Leben in Gießen und die Entwicklung der Stadt nachhaltig geprägt haben.

Gedenkort bewahren und weiterentwickeln

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns zudem auf der Fertigstellung des Gedenkortes für die ehemalige Synagoge an der Kongresshalle, der nach dem Fund von Überresten der 1938 zerstörten Synagoge entsteht. Hier soll ein zentraler Ort des Erinnerns und der Auseinandersetzung entstehen, der auch mit anderen Orten in der Stadt konzeptionell und sichtbar korrespondieren soll. Der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gestaltungsentwurf „Versammlung“ erinnert nicht nur an die Verbrechen der NS-Zeit, sondern macht zugleich das reiche jüdische Leben und Kulturerbe Gießens wahrnehmbar und erlebbar.



Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft

Bezahlbaren Wohnraum schaffen und Bauen erleichtern

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle ist eine der drängendsten Fragen unserer Zeit. Wir wollen alle Mittel nutzen, um schnelles, effizientes und möglichst kostengünstiges Bauen zu ermöglichen und werden deshalb die Spielräume, die uns Bund und Land geben, ausschöpfen. Beispielhaft seien hier der sog. Bau-Turbo und das Kommunale Flexibilisierungsgesetz des Landes Hessen (KommFlexG) genannt.

Wir wollen die Genehmigungsverfahren bei der Schaffung von Wohnraum beschleunigen, hierbei jedoch die vorhandenen stadtplanerischen und baurechtlichen Möglichkeiten nutzen, damit sich Neubauten in die bestehenden Nachbarbebauung einpassen. Hier spielen nicht nur Höhe und Größe der Neubauten eine Rolle, sondern auch deren äußere Gestaltung und Dachformen. Wir werden daher zur Erreichung dieser Ziele prüfen, ob und für welche Bereiche der Stadt Bebauungspläne aufgelegt oder das Instrument der Gestaltungssatzung angewendet werden soll.

Der Koalition ist bewusst, dass die Schaffung von Wohnraum nicht allein durch die städtischen Gesellschaften geleistet werden kann. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn unsere Stadt auch in Zukunft für private Investoren attraktiv bleibt und Immobilieneigentümer dabei ermutigt werden, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen oder vorhandenen zu modernisieren. Hierbei müssen die Interessen einer nachhaltigen und homogenen Stadtentwicklung und politische Vorgaben Grundlage für die Planung und Genehmigung von Bauvorhaben sein.

Zugleich streben wir die Ausweisung neuer Wohngebiete in den Randbereichen oder zur Erweiterung bebauter Flächen an. Dabei bleibt die Zielvorgabe bestehen, dass die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung hat. Die Wünsche der Ortsteile sind verstärkt zu berücksichtigen bei der Ausweisung neuer Baugebiete und Arrondierungen bestehender Ortsstrukturen. Neue Bebauungspläne im Außenbereich werden wir nur entwickeln, wenn die Stadt mehr als 50 Prozent der Flächen besitzt. Gleichzeitig werden wir dort für die privaten Bauplätze ein Baugebot vorsehen.



Bei der Ausweisung neuer Baugebiete sind die Möglichkeiten der Bebauungsplanung zu nutzen, um die Ziele einer klimaschonenden, dem Bedarf entsprechenden, ökologischen Bebauung zu definieren. Hierzu werden wir, besonders in den Ortsteilen, auch die sich ergebenden Möglichkeiten des neuen Denkmalschutzgesetzes für die Umnutzung bisheriger Wirtschaftsgebäude zu Wohnzwecken nutzen.

Bei sämtlichen Baumaßnahmen begrüßen wir Konzepte zum ökologischen Bauen. Bei der Vergabe städtischer Grundstücke können, im Falle vorliegender Nachfrage, Konzepte für alternative Wohnformen und Familien bevorzugt werden. Dies betrifft den Verkauf von Grundstücken und die Überlassung im Rahmen eines Erbaurechtes. Möglichkeiten zur gezielten Förderung und Unterstützung können hierzu genutzt werden.

Durch den Ankauf von Belegungsrechten und eine Sozialwohnungsquote stellen wir ausreichend sozial geförderten Wohnraum sicher. Hierfür werden wir die vorhandene Sozialquote bei Neubauvorhaben mit mehr als 50 Wohnungen (WE) auf 30 Prozent erhöhen. Zudem wird diese um eine Staffelung erweitert, nach der für über 40 WE eine Quote von 25 Prozent, bei mehr als 30 WE 20 Prozent und bei mehr als 20 WE 10 Prozent gilt.

Die städtische Wohnbau Gießen GmbH ist die mit Abstand größte Wohnungseigentümerin in der Stadt und hat die Aufgabe, in Gießen ausreichend bezahlbaren und geförderten Wohnraum anbieten zu können. Gießen ist nur dann für alle Bevölkerungsgruppen ein attraktiver Wohnort, wenn ausreichend Wohnraum angeboten werden kann. Der Wohnungs- und Gebäudebestand der Wohnbau Gießen GmbH ist schrittweise zu modernisieren, zu erweitern und nach ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Kriterien zu ertüchtigen und zu modernisieren. Wir werden die Wohnbau Gießen GmbH daher auch weiterhin auf dem Wege unterstützen, ihre Ziele zur Schaffung und zum Erhalt von bezahlbarem und geförderten Wohnraum umzusetzen.

Abhängig von der Entwicklung von Programmen auf Bundes- und Landesebene zur Schaffung und Förderung von bezahlbarem Wohnraum werden wir unser Handeln stetig weiterentwickeln, um staatliche Fördermittel zu nutzen.



Bestehende Fördermaßnahmen zur Schaffung von sozialem Wohnraum werden, sofern die finanziellen Möglichkeiten dazu weiterhin bestehen, fortgeführt und bleiben bestehen. Das gleiche gilt für Förderprogramme zur sozialen Quartiersentwicklung.

Stadtentwicklung vorantreiben

Auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwehr wird der Standort für die Freiwillige Feuerwehr Gießen-Mitte durch den im Bau befindlichen Neubau bzw. die Sanierung eines Bestandsgebäudes gestärkt und deren Leistungsfähigkeit verbessert. Über die Nutzung der ehemaligen Feuerwache und der sich anschließenden Fahrzeughalle wird frühestens in der zweiten Hälfte der Wahlperiode entschieden, wenn das Gebäude nicht mehr als Interimsunterbringung für die Freiwillige Feuerwehr Gießen-Mitte benötigt wird sowie Sanierungskosten eingeschätzt werden können.

Auf Grundlage der dann gegebenen finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt und des eigenen Bedarfs für die räumliche Weiterentwicklung der Verwaltung wird dann über die künftige Nutzung des Areals entschieden.

Das ehemalige Gail'sche Gelände wird als größte, noch zusammenhängende zu entwickelnde Fläche in der Stadt angesehen. Die Koalition ist sich darüber einig, dass das weitläufige Areal nur durch private Investoren entwickelt, vermarktet und betrieben werden kann und dass seitens der Stadt die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, um eine zügige Beplanung, Bebauung und Nachfolgenutzung zu ermöglichen. Wir werden dafür in Abstimmung mit den Eigentümern deren Planungen begleiten und planerisch ermöglichen, so dass die Flächen nach deren baulichen Umgestaltung multifunktional für Industrie, Gewerbe, Dienstleister, als Büroflächen, für Märkte und Messen oder auch für Veranstaltungen genutzt werden können. Dies darf nicht zum Nachteil der benachbarten bestehenden Industrie und energiewirtschaftlichen Nutzung erfolgen.

Die Sanierung und Modernisierung der Kongresshalle wurde in mehreren Projektanträgen durch die Stadtverordnetenversammlung auf den Weg gebracht, die beschlossenen Sanierungskomplexe sind bis zur Genehmigungsreife geplant und in Teilen bereits in der



baulichen Umsetzung. Weitere Beschlüsse zu diesen Abschnitten sind nicht geplant und diese Vorhaben werden auf Grundlage der Beschlüsse fortgeführt. Ausstehende Projektbeschlüsse zu weiteren Sanierungsabschnitten werden vor dem Hintergrund der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit frühzeitig gemeinsam beraten und abgestimmt.

Der Brandplatz ist unverzichtbar für den Gießener Wochenmarkt. Die Neugestaltung des Brandplatzes und der angrenzenden Straßen werden wir deshalb weiter von den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen des Marktes her denken. Gleichzeitig ist es unser Ziel, eine städtebauliche Aufwertung für das umliegende historische Ensemble und damit die Attraktivität des Brandplatzes außerhalb der Marktzeiten sowie eine Anpassung an die zunehmenden Hitzesommer zu erreichen. Die Erreichbarkeit von Arztpraxen, Dienstleistern und Gastronomie wird auch weiterhin durch eine ausreichende Anzahl an Parkplätzen gewährleistet.

Wir werden in den kommenden Jahren Planungen für die Umgestaltung des Marktplatzes beginnen, damit der Bereich nach Ende der aufgrund der EU-Förderung bestehenden Bindungsfrist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter umgestaltet und aufgewertet werden kann.

Die städtischen Spielplätze werden auch weiterhin sukzessive erneuert, saniert und aufgewertet und die notwendigen finanziellen Mittel werden in den Haushalten der kommenden Jahre bereitgestellt.

Seit über 25 Jahren werden die Städtebauprogramme des Bundes „Soziale Stadt“ bzw. „Sozialer Zusammenhalt“ mit ihren Begleitprogrammen in unterschiedlichen Programmgebieten in Gießen erfolgreich umgesetzt. Dabei stehen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes städtebauliche Maßnahmen in Verbindung mit der Stärkung der sozialen Infrastruktur und der lokalen Ökonomie sowie der Aufwertung des Wohnumfeldes und des Verkehrsraumes. Dabei kommt der Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, der Etablierung von Quartiersgremien und der Moderation und Steuerung durch ein Quartiersmanagement eine wichtige Rolle zu. Wir werden in Gießen diese Programme auch



zukünftig nutzen, um Quartiere und Stadtteile mit Entwicklungsbedarf aufzuwerten und zu stärken.

Klimagerechte und lebenswerte Stadtentwicklung

Durch den Klimawandel nehmen extreme Wetterereignisse zu. Stark versiegelte Städte können große Wassermassen besonders bei Starkregen nicht aufnehmen, was zu Überschwemmungen führen kann, zugleich heizen sich versiegelte Flächen im Sommer stark auf. Wir werden daher sukzessive an geeigneten Stellen versickerungsfähige Flächen schaffen mittels wasserdurchlässiger Beläge oder Schotterrassen. Ergänzend werden wir Maßnahmen und Planungen für Dach- und Fassadenbegrünung fördern, da bepflanzte Dächer und Wände Wasser speichern können, die Gebäude und deren Umgebung durch Verdunstung kühlen. Wir werden verstärkt straßenbegleitende Baumanpflanzungen vornehmen, weil hierdurch die Temperaturen im Straßenraum spürbar gesenkt und Wege beschattet werden. Zudem sollen an geeigneten Stellen sogenannte „Schwammstadt-Bäume“ angepflanzt werden, deren Wurzelräume viel Wasser aufnehmen und speichern können.

Wir werden dafür Sorge tragen, bestehende Grünflächen weiterzuentwickeln und Klima- und Hitzeschutz im Rahmen der Stadtplanung in angemessener Form zu integrieren. Bestehende Grünflächen sollen der Bürgerschaft auch zur Naherholung und zur sozialen Interaktion dienen. Wir werden mit geeigneten Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass öffentliche Grünflächen verstärkt gepflegt und sauber gehalten werden. Zudem streben wir an, weitere Flächen zu entsiegeln, verstärkt straßenbegleitendes Grün zu realisieren und neue öffentliche Grünflächen zu schaffen.

Urbane Grünflächen, Parks und naturnahe Erholungsräume sollen weiter im bisherigen Ausmaß für gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Für das Lahnufer und den Schwanenteich bedeutet das, dass auch größere Veranstaltungsformate wie das Lahnuferfest und diverse Formate am Schwanenteich weiter ermöglicht werden sollen. Im Theaterpark sollen ebenfalls Formate wie bislang stattfinden. Dazu gehört beispielsweise das Theaterfest des Stadttheaters.



Eine lebendige Innenstadt als Zentrum des urbanen Miteinanders

Die Innenstadt ist das Herz unserer Stadt. Hier sind nicht nur unzählige Arbeits- und Ausbildungsplätze in Einzelhandel, Gastronomie und bei Dienstleistern angesiedelt, in der Innenstadt werden auch Gewerbesteuerereinnahmen für die Stadt erwirtschaftet, die die Stadt für Investitionen und den Erhalt freiwilliger Leistungen benötigt und verwendet.

Zum Erhalt und zur Belebung des Einzelhandels muss die Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer gut erreichbar sein. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Attraktivität und Erreichbarkeit für Bewohner des Umlands zu, da ca. 80% des Umsatzes in der Gießener Innenstadt von Kunden und Gästen erbracht werden, die ihren Wohnsitz nicht in Gießen haben. Eine gut erreichbare, lebendige und vielfältige Innenstadt fördert und unterstützt nicht nur Handel, Gastronomie und kulturelle Angebote, sie dient auch als Kommunikations- und Begegnungsraum.

Attraktive und sichere Innenstadt

Unser Ziel ist es, die Attraktivität der Universitätsstadt Gießen als Einkaufs-, Erlebnis- und Begegnungsort nachhaltig zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadt gegenüber dem Online-Handel und den Einkaufszentren im Umland weiter zu verbessern. Wir wollen den Einzelhandel und die Gastronomie mit einem Maßnahmenpaket stärken und zusätzliche Kaufkraft in die Innenstadt bringen.

Wir werden es ermöglichen und die Genehmigungen dafür erleichtern, dass die Plätze und Straßenräume in der Fußgängerzone - zeitlich befristet - vielfältig für Veranstaltungen, Feste und Märkte genutzt werden können. Hierdurch soll es nicht nur der ansässigen Innenstadtgastonomie tagsüber und an Wochenenden ermöglicht werden, neue Gäste und Kunden zu werben und Interesse an einem Besuch der Gießener Innenstadt zu fördern, es soll auch das Gemeinschaftsgefühl für Gießener Bürgerinnen und Bürger sowie für Besucherinnen und Besucher fördern.

Um die Sicherheitsauflagen im Rahmen von Märkten, Festen und Veranstaltungen erfüllen zu können, werden wir sukzessive an geeigneten Stellen der bisher genutzten Durchfahrsperrern



versenkbare Poller installieren lassen, die bei Bedarf ohne logistischen Aufwand in den Zufahrtstraßen zur Fußgängerzone Veranstaltungen schützen.

Wir werden das Parken auf städtischen Parkflächen attraktiver gestalten. Hierzu wollen wir die erste Stunde Parken auf innenstadtnahen kommunalen Stellflächen außerhalb des Anlagenrings kostenfrei ermöglichen. Darüber hinaus wird das Parken auf städtischen Flächen innerhalb des Anlagenrings ab 19 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen kostenfrei angeboten.

Das Lahnufer soll als zentraler Freizeit-, Natur- und Begegnungsraum der Stadt Gießen nachhaltig weiterentwickelt und aufgewertet werden. Im Mittelpunkt steht die Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei gleichzeitiger Sicherstellung von Sicherheit, Sauberkeit und geordneten Nutzungen. Perspektivisch wird eine durchgängige, promenadenähnliche Wegeführung entlang der Lahn angestrebt. Hierzu soll die Stadt – soweit sich geeignete Gelegenheiten ergeben und im Rahmen der jeweiligen haushalterischen Möglichkeiten – insbesondere private Grundstücke und Gärten an der Lahn erwerben, um langfristig eine zusammenhängende öffentliche Uferzugänglichkeit und eine hochwertige Gestaltung sicherzustellen. Die Freizeit- und Sportangebote am Lahnufer sollen gezielt erweitert werden, unter anderem durch die Entwicklung eines Volleyballangebots sowie eines flexibel nutzbaren Bewegungs- und Sportbereichs. Darüber hinaus soll an geeigneten Standorten die Einrichtung eines mobilen gastronomischen Sommerangebots ermöglicht werden, um die Aufenthaltsqualität zu steigern und einen niedrigschwelligen sozialen Treffpunkt zu schaffen. Die Maßnahmen werden durch eine konsequente Pflege der Grünflächen, regelmäßige Reinigung sowie eine verstärkte Präsenz von Ordnungskräften flankiert, um ein dauerhaft sicheres, sauberes und attraktives Lahnufer für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Diese Maßnahmen verstehen wir als Teil einer umfassenden Innenstadtstrategie, die wir mit den Akteuren der Innenstadt evaluieren und weiterentwickeln.

Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze sichern

Ohne eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, Familien eine berufliche Perspektive gibt und Steuereinnahmen für die Stadt ermöglicht, kann die Kommunalpolitik weniger gestalten. Priorität unseres Handelns muss es sein, daher in einer komplizierten und



zunehmend komplexen Zeit dafür zu sorgen, dass ansässige Unternehmen unterstützt, Erweiterungen ermöglicht und suchenden Unternehmen geholfen wird, einen Standort in der Stadt zu finden.

Gießen als Teil der Gesundheitsregion Mittelhessen stärken und positionieren

Wir entwickeln Gießen weiter zur führenden Gesundheits- und Innovationsstadt Mittelhessens. Durch die enge Vernetzung von Wissenschaft, Gesundheitsversorgung und Wirtschaft stärken wir Wertschöpfung, Innovation und Beschäftigung. Unser Ziel ist es, neue Unternehmen anzusiedeln, Fachkräfte zu gewinnen und Gießen als Modellstandort für die Gesundheitsversorgung der Zukunft zu etablieren. Hierbei werden wir auf bereits bestehenden Strukturen zur Vernetzung aufbauen und diese weiterentwickeln.

Im Rahmen der Gesundheitsregion Mittelhessen wollen wir so eine Marke „Gesundheitsstadt Gießen“ entwickeln und stärken. Gießen verfügt mit seinen Hochschulen, Kliniken, Forschungseinrichtungen und Unternehmen über hervorragende Voraussetzungen, um sich als führender Gesundheits- und Wissenschaftsstandort in Mittelhessen zu positionieren. Dieses Potenzial wollen wir sichtbar machen und aktiv vermarkten.

Um die vorhandenen Stärken besser zu bündeln, wollen wir regelmäßige Gesprächsrunden einberufen, fortsetzen und weiterentwickeln und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Hochschulen, Kliniken, Gesundheitsberufen, Unternehmen, Kammern, Verbänden und Stadtverwaltung gemeinsam die Zukunft des Gesundheitsstandortes gestalten. Mit dem runden Tisch „Gesundheit“ soll eine dauerhafte Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen sichergestellt werden.

Innovationen, Gründungen und Fachkräfte fördern

Wir wollen Innovationen fördern und die Bedingungen für Ausgründungen und Unternehmensgründungen verbessern. Ausgründungen aus Hochschulen und Kliniken sollen durch Beratungs-, Vernetzungs- und Unterstützungsangebote gezielt begleitet werden. Darüber hinaus prüfen wir die Einrichtung eines „Health Innovation Hub“ als gemeinsames



Innovationszentrum von Hochschulen, Kliniken, Start-ups und Unternehmen. Modellprojekte in den Bereichen Telemedizin, digitale Versorgung und Künstliche Intelligenz im Gesundheitswesen wollen wir aktiv unterstützen und nach Möglichkeit in Gießen erproben.

Eine erfolgreiche Gesundheitswirtschaft braucht geeignete Flächen und eine moderne Infrastruktur. Deshalb wollen wir Gesundheits- und Medizintechnikunternehmen bei der Entwicklung neuer Gewerbe- und Innovationsflächen besonders berücksichtigen. Gemeinsam mit Investoren, Hochschulen und Kliniken streben wir die Entwicklung eines Gesundheits- und Innovationsquartiers an, das Raum für Forschung, Entwicklung und Unternehmensansiedlungen bietet. Hierbei sollen insbesondere die Flächen zwischen Leihgesterner Weg und Erdkauter Weg dienen, um diese in Nachbarschaft zur Fraunhofer Gesellschaft und dem Wissenschaftscampus der Universität als attraktiven Standort zu positionieren.

Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit Kliniken, Pflegeeinrichtungen und Unternehmen neue Wohnraumangebote für Beschäftigte und Auszubildende schaffen. Die Idee von sogenannten „Azubi-Wohnheimen“ soll hierbei aufgegriffen werden und geprüft werden, inwieweit die Stadt hier etwaigen vorhandenen Strukturen und Ideenträgern zur Seite stehen kann.

Wirtschaftsförderung verstärken und optimieren

Die Wirtschaftsförderung der Stadt soll stärker mit der des Landkreises vernetzt werden, um Anfragen von Unternehmen nach geeigneten Flächen nicht nur aus Sicht und mit den Möglichkeiten der städtischen Flächen bedienen zu können. Für den Standort Region Gießen ist das übergeordnete Interesse, dass sich Unternehmen und deren Beschäftigte auch im Gießener Umland ansiedeln können.

Hierbei verstehen wir uns weiterhin im Verbund mit dem Landkreis als nördlichster Teil der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main und werden daher auch künftig als Ansprechpartner von Unternehmen auftreten, die sich in der Gesamtregion ansiedeln oder erweitern möchten. Die gute Verkehrserschließung der Stadt mit drei großen Bundesautobahnen, der Nähe zum



Rhein-Main-Gebiet und dem Flughafen, die Bahnverbindungen und die zentrale Lage in Hessen und Deutschland sind Standortmerkmale, die wir stärker und aktiver herausstellen möchten. Hier streben wir an, dass für Unternehmen und Gründer die Wirtschaftsförderung als Lotse fungieren kann und wahrgenommen wird.

Die Vernetzung der Wirtschaftsförderung mit Unternehmen, überregionalen Präsenzen und Messen, Netzwerken und auch Grundstückeigentümern soll ausgebaut und verstärkt werden. Wir streben an, dass Gießen mit geeigneten Möglichkeiten proaktiv auf dem Markt platziert wird und aktiv auf Unternehmen und Gründer zugeht, um diesen einen Standort in Gießen oder in Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden in unserer Region anbieten zu können. Die freilegenden Gewerbeflächen in privater Hand sind hierbei verstärkt mit einzubeziehen, vorhandene Netzwerke sind fortzuführen und zu stärken.

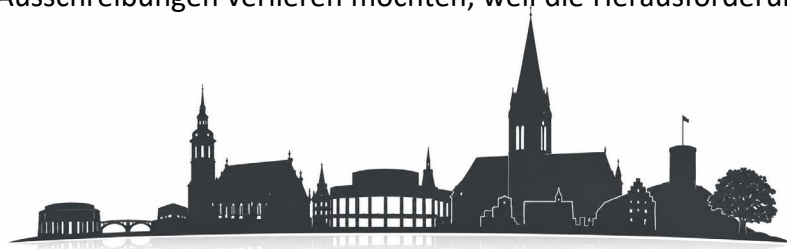
Die personelle und materielle Struktur und die damit zusammenhängenden Möglichkeiten der städtischen Wirtschaftsförderung sind jährlich zu prüfen und nach vorhandenen Möglichkeiten zu optimieren.

Regionalität und Mittelstand stärken

Wir werden bei der Auftragsvergabe verstärkt die gesetzlichen Freiheiten zur sogenannten freihändigen Direktvergabe und die Möglichkeit begrenzter Ausschreibungen nutzen, um die Investitionen, die wir als Stadt tätigen, gezielt an Handwerksunternehmen in der heimischen Region zu vergeben. Wir werden so unseren Teil dazu beitragen, heimische Betriebe zu unterstützen und Arbeitsplätze in der Region zu sichern.

Die Stadt Gießen überarbeitet ihre kommunalen Vergaberichtlinien und passt sie an das novellierte Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz an. Sie wird ihre Vergabep Praxis weiterhin so ausrichten, dass öffentliche Gelder tarifgerechte Bezahlung und Arbeitsplatzqualität, betriebliche Mitbestimmung, Nachhaltigkeit und Regionalität stärken.

Uns ist bewusst, dass viele kleinere familiengeführte Handwerksbetriebe nicht weiter durch Vorgaben und Bürokratie belastet werden dürfen, wenn wir diese nicht als Teilnehmer von öffentlichen Ausschreibungen verlieren möchten, weil die Herausforderung bei der Erfüllung



von bürokratischen Vorgaben besonders für kleine Betriebe kaum mehr wirtschaftlich leistbar ist.

Digitalisierung

Wir werden an die Ergebnisse und Erkenntnisse der bisherigen interfraktionellen AG Smart City anschließen und die Digitalisierungsentwicklungen für die Stadtgesellschaft mit, aber über die Verwaltungsdigitalisierung hinaus, weiter vorantreiben. Wir wollen auf der Grundlage eines verantwortungsvollen Datenschutzes und mit hoher Aufmerksamkeit für Informations- und Cybersicherheit uns strategisch und in konkreten Projekten für ein modernes Datenmanagement mit digitalen Alltagslösungen aufstellen.

Dafür werden der Aufbau einer urbanen Datenplattform und die Schaffung eines Innovations- und Begegnungsortes in der Innenstadt angestrebt (City-Lab). Wir bauen auf bestehende Projekte auf und nutzen Förderprogramme, u. a. von Bund und Land. Wir gehen dabei den Weg einer vernetzten Entwicklung mit anderen Kommunen und dem Landkreis konsequent weiter. Smarte Lösungen sollen sich an den Bedarfen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren, sie sollen entlasten und helfen, Ressourcen zu schonen und zu sparen.

Hochschulstandort Gießen

Die Universitätsstadt Gießen bekennt sich ausdrücklich zu ihren Hochschulen als zentrale Säulen für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Lehre, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung. Die Justus-Liebig-Universität, die Technische Hochschule Mittelhessen sowie die weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen prägen unsere Stadt in besonderer Weise und leisten einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Attraktivität und Zukunftsfähigkeit. Die Koalition wird die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Hochschulen weiter ausbauen und gemeinsame Projekte in den Bereichen Forschung, Innovation, Transfer, Stadtentwicklung, Klimaschutz, Digitalisierung und Fachkräftesicherung aktiv unterstützen. Die Koalition ist sich auch einig, dass die Stadt bestmögliche Rahmenbedingungen für die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen schafft und auch die Exzellenzinitiative der JLU befürwortet und unterstützt. Unser Ziel ist es, Gießen als leistungsfähigen, lebendigen



und international sichtbaren Hochschul- und Wissenschaftsstandort zu erhalten und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig wollen wir die Interessen der Hochschulen frühzeitig in städtische Planungs- und Entwicklungsprozesse einbeziehen und den Dialog mit Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten suchen. Eine enge Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Stadtgesellschaft und Verwaltung schafft Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger und ist ein wesentlicher Baustein für die positive Weiterentwicklung unserer Universitätsstadt.

Hochschulen und Wirtschaft besser vernetzen

Wir wollen mit der Universität und der THM ein Netzwerk schaffen, das als Anlaufpunkt auch für Studierende genutzt werden kann, die sich während des eingeschlagenen Studiums umorientieren möchten und einen direkten Zugang in ansässige Unternehmen suchen. Es ist hierbei zu prüfen, ob solche Anlaufstellen direkt in den Hochschulen angesiedelt werden können, da dies für Studierende den naheliegendsten Weg darstellen würde. Hier sollen Stellenangebote der Unternehmen abgefragt werden können, sodass eine Zusammenarbeit mit IHK, Handwerkskammer und Jobcenter gebündelt werden müsste. Das Potenzial, das Bewerberinnen und Bewerber schon nach einigen Semestern mitbringen, bietet für den Berufseinstieg und den Wechsel in die Wirtschaft hohes Qualifikationspotenzial.

Auf Grundlage des fast einzigartigen Fächerkanons der Universität und der THM im Bereich Lebenswissenschaften wollen wir hier Ausgründungen und Ansiedlungen fördern und um diese werben.

Kunst- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft – Mediengestaltung, Softwareentwicklung, Musik- und Filmproduktion, Design und Architektur, Bildende Kunst u. a. - leistet einen Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Leben in dieser Stadt. Die Universitätsstadt Gießen hat nicht zuletzt durch ihre Hochschulen ein hohes kreatives und künstlerisches Potential, die Kreativwirtschaft ist ein wachsender Wirtschaftszweig, und im Interesse einer gelingenden Stadtentwicklung gewinnen zentrale Orte der physischen Vernetzung und lebendige Diskurse



zunehmend an Bedeutung. Wir wollen daher in Gießen die Einrichtung eines Kulturgewerbehofes unterstützen. Mit dem Kulturgewerbehof sollen insbesondere auch junge Start-ups gefördert werden.

Städtepartnerschaften und Internationales

Gießen ist durch Internationalität geprägt. Mit Bürgerinnen und Bürgern aus über 150 Nationen, mit international aufgestellter Lehre und Forschung an den Hochschulen, mit Verbindungen von Wirtschaft, Handel und Handwerk in alle Welt, mit zahlreichen internationalen Schulpartnerschaften und Schüleraustauschen wissen wir um die hohe Bedeutung der Pflege internationaler Beziehungen. Dies hat in Gießen eine lange Tradition mit aktuell sieben Städtepartnerschaften und ihren Partnerschaftsvereinen und Initiativen und seit kürzerem mit einer Projektpartnerschaft (u. a. unserer Verwaltung und Feuerwehr) mit Swakopmund in Namibia. Internationale Beziehungen auf kommunaler Ebene und kommunale Entwicklungspartnerschaften bedeuten für uns, Verantwortung für Europa und global im Sinne der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele zu übernehmen und dabei u.a. Sport, Kultur und Ausbildung Jugendlicher einzubeziehen. Wir sehen darin weiterhin eine Chance für unsere Stadtentwicklung und werden dafür auch zukünftig Fördermittel einwerben. Magistrat, Bürgerschaft und zivilgesellschaftliche Akteure werden dabei weiterhin beraten und unterstützt. Im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen streben wir weitere Städtepartnerschaften an.



Kultur und Sport

Kultur als Teil unserer Stadtidentität

Erinnerungskultur, Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte sind wichtige Bestandteile einer offenen und demokratischen Stadtgesellschaft. Wir werden bestehende Angebote und Initiativen in diesem Bereich unterstützen und weiterentwickeln.

Die Universitätsstadt Gießen verfügt über eine vielfältige Museums- und Kulturlandschaft, die wir als wichtigen Bestandteil der kulturellen Identität und Bildungslandschaft weiter stärken wollen. Wir unterstützen die Bestrebungen, das Liebig-Museum als UNESCO-Welterbe anzuerkennen, und begleiten diesen Prozess konstruktiv. Gleichzeitig wertschätzen wir die Arbeit des Mathematikums sowie der Heimat- und Stadtteilmuseen und wollen sie im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Wissensvermittlung, zur Erinnerungskultur und zur Bewahrung der Geschichte unserer Stadt.

Kultur bereichert das Zusammenleben in unserer Stadt und stärkt Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität. Wir wollen die vielfältige Gießener Kulturlandschaft mit ihren städtischen Einrichtungen, der freien Kulturszene sowie den zahlreichen ehrenamtlich Engagierten erhalten. Wir wollen die kulturelle Infrastruktur der Universitätsstadt Gießen erhalten, modernisieren und zukunftsfähig weiterentwickeln. Dazu gehören insbesondere die kulturellen Einrichtungen der Stadt sowie attraktive und barrierefreie Veranstaltungs- und Ausstellungsorte. Kultur soll für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen zugänglich sein.

Kultur zukunftsfähig weiterentwickeln

Das Stadttheater, die Museen, die Stadtbibliothek, die Kunsthalle sowie weitere kulturelle Einrichtungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Bildung und Attraktivität Gießens. Wir werden ihre Arbeit unterstützen und ihre Angebote im Dialog mit den Verantwortlichen bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dabei wollen wir auch die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und der freien Kulturszene stärken.

Das Stadttheater ist ein bedeutender kultureller Anker der Universitätsstadt Gießen. Wir werden die Planungen für die notwendige bauliche Sanierung des Großen Hauses an der Südanlage konsequent vorantreiben und die Zukunftsfähigkeit des Hauses sichern. Dabei hat



für uns die Herstellung eines barrierefreien Zugangs hohe Priorität. Deshalb soll bereits im ersten Bauabschnitt ein barrierefreier Zugang zum Großen Haus realisiert werden, um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir stärker für die Kulturvermittlung nutzen. Digitale Informationsangebote, interaktive Formate und innovative Vermittlungskonzepte können dazu beitragen, Kultur und Stadtgeschichte für Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste noch besser erlebbar zu machen.

Wir bekennen uns zu einer lebendigen Erinnerungskultur als wesentlichen Bestandteil unserer demokratischen Stadtgesellschaft. Historische Orte, Museen, Gedenkstätten und ehrenamtliche Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung der Stadtgeschichte, zur Aufarbeitung historischer Verantwortung und zur Stärkung unseres demokratischen Selbstverständnisses. Dieses vielfältige Engagement wollen wir weiterhin unterstützen und sichtbar machen. Dabei kommen auch der Neugestaltung des Museums für Gießen, dem Lern- und Erinnerungsort Meisenbornweg, der alten Synagoge an der Kongresshalle und den Stolpersteinen im Stadtgebiet eine besondere Bedeutung zu.

Kultur, Wissenschaft und Geschichte prägen das Profil der Universitätsstadt Gießen. Wir wollen diese Stärken stärker miteinander verknüpfen und das kulturelle Angebot als wichtigen Baustein des Stadtmarketings und des Tourismus weiterentwickeln. Davon profitieren gleichermaßen Bürgerinnen und Bürger, Besucherinnen und Besucher sowie die lokale Wirtschaft.

Gießen soll auch in den Abend- und Nachtstunden eine lebendige, sichere und attraktive Kultur- und Veranstaltungsstadt bleiben. Die Stelle der Nachtbeauftragten soll auch zukünftig dabei eine wichtige Schnittstellen- und Lotsenfunktion zwischen Kulturschaffenden, Gastronomie, Veranstaltern, Hochschulen, Verwaltung, Anwohnern und weiteren Akteurinnen und Akteuren einnehmen. Ziel ist es, Genehmigungs- und Abstimmungsprozesse transparenter zu gestalten, Ansprechpartner zu bündeln und die Rahmenbedingungen für das Nachtleben kontinuierlich zu verbessern. Wir möchten den Ulenspiegel als Kleinkunststätte erhalten und langfristig sichern.



Wir prüfen, wie Verwaltungsabläufe – insbesondere im Bereich von Genehmigungen, Bauordnung und Sondernutzungen – weiter vereinfacht und besser auf die Bedürfnisse von Kultur, Gastronomie und Veranstaltern abgestimmt werden können. Dabei sollen auch die Potenziale der Hochschulen sowie die Nutzung von Außenflächen für kulturelle Veranstaltungen und die Außengastronomie stärker berücksichtigt werden.

Kulturveranstaltungen und Hessentag

Wir bekennen uns u. a. zum Kultursommer, der Kulturnacht, dem musikalischen Sommer und zu Open-Air-Veranstaltungen als wichtigen Bestandteilen des kulturellen Lebens in Gießen. Bestehende Open-Air-Flächen sollen erhalten und, wo sinnvoll und möglich, weiterentwickelt werden, um Raum für Kultur, Musik und Begegnung zu schaffen.

Darüber hinaus werden wir entsprechende Satzungen sowie die Regelungen zur Außenbewirtschaftung mit dem Ziel überprüfen, attraktive und gleichzeitig ausgewogene Rahmenbedingungen für Gastronomie, Veranstaltungen und das Stadtbild zu schaffen. Dabei sollen die Interessen von Gewerbe, Kulturszene, Anwohnenden und Denkmalschutz angemessen berücksichtigt werden.

Wir verfolgen das Ziel, den Hessentag mittelfristig nach Gießen zu holen. Der Hessentag bietet die Chance, die Universitätsstadt Gießen weit über die Stadtgrenzen hinaus als attraktiven Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur- und Lebensstandort zu präsentieren. Wir werden die Voraussetzungen, Chancen, Risiken und finanziellen Auswirkungen einer möglichen zukünftigen Bewerbung sorgfältig prüfen und auf dieser Grundlage über das weitere Vorgehen entscheiden.

Sport für alle Generationen

Sport leistet einen wichtigen Beitrag für Gesundheit, Integration, Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kinder- und Jugendsport ist für uns ein zentraler Schwerpunkt. Es gilt, Bewegung und Spiel von Anfang an zu stärken, beginnend in Kitas und Schulen. Sport ist ein wirksamer Motor für Integration und Teilhabe. Deshalb wollen wir Sportvereine darin weiter unterstützen, sich für unterrepräsentierte Gruppen zu öffnen.



Förderprogramme wie „Sport integriert Hessen“ wollen wir auch künftig aktiv nutzen für beispielsweise sicheres Radfahren und Schwimmkurse. Wir wollen Gießen als Sportstadt weiter stärken und den Sportentwicklungsplan verantwortungsvoll und bedarfsgerecht umsetzen. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den Sportvereinen, Schulen, Hochschulen und weiteren Akteurinnen und Akteuren des Sports.

Die Zusammenarbeit der Stadt mit der Justus-Liebig-Universität, insbesondere mit den Sport- und Sozialwissenschaften und der Technischen Hochschule Mittelhessen wollen wir stärken. Für den Bereich gedeckte Sportanlagen gilt es, Aussagen zu den einzelnen Sporthallen zu erarbeiten bzw. zusammenzustellen. Diese Dokumentation soll als Grundlage zur Sicherstellung der Sportinfrastruktur und Sportversorgung für Schulen, Sportvereine sowie weiteren Sportgruppen (z.B. Volkshochschule, Kindergärten, Dritte) dienen mit Aussagen zur Verbesserung der Barrierefreiheit, Energieeffizienz sowie der nachhaltigen Nutzung. Ebenso gilt es, zusätzliche Sporträume zu identifizieren und Schulen und Vereinen zugänglich zu machen.

Moderne Sportstätten für Gießen

Moderne, gut erreichbare und bedarfsgerechte Sportstätten sind die Grundlage für ein vielfältiges Sportangebot. Deshalb werden wir den Erhalt, die Sanierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Sporthallen, Sportplätzen und Bewegungsflächen konsequent vorantreiben. Die Realisierung des Sportparks Süd (Kleinlinden) hat für uns Priorität. Investitionen sollen insbesondere der Barrierefreiheit, der Energieeffizienz sowie einer nachhaltigen Nutzung dienen. Um die Sportversorgung dauerhaft sicherzustellen, wollen wir den Aufbau von Multifunktionshallen weiterverfolgen und zusätzliche Kapazitäten für den Schul- und Vereinssport schaffen. Die kostenfreie Nutzung der städtischen Sportanlagen durch die Gießener Sportvereine soll auch künftig gewährleistet bleiben, sofern deren Angebote nicht hauptsächlich wirtschaftliche Interessen verfolgen.



Bewegung und Freizeit fördern

Wir wollen Bewegungsangebote für Menschen aller Generationen stärken und den Zugang zu Sport unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Beeinträchtigungen, sexueller Orientierung erleichtern. Dazu gehören attraktive Bewegungsräume im öffentlichen Raum für beispielsweise Läuferinnen und Läufer, Radfahrende, Skaterinnen und Skater sowie weitere Freizeit- und Individualsportarten. Auch niedrigschwellige Bewegungsangebote außerhalb des organisierten Vereinssports wollen wir weiter fördern. Wir wünschen uns Angebote für sicheres Radfahren für Kinder und Erwachsene.

Schwimmen ist eine unverzichtbare Lebenskompetenz. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt und die zukunftsfähige Weiterentwicklung der städtischen Schwimmbäder, auch der Freibäder in den Ortsteilen, ein. Dabei stehen Barrierefreiheit, Energieeffizienz und eine hohe Aufenthaltsqualität gleichermaßen im Fokus. Gemeinsam mit Schulen, Sportvereinen und Rettungsorganisationen wollen wir die Schwimmausbildung von Kindern weiter stärken und möglichst allen Kindern den Erwerb sicherer Schwimmfähigkeiten ermöglichen. Wir werden auch Spielplätze und öffentliche Bewegungsräume bedarfsgerecht erhalten, modernisieren und weiterentwickeln, damit es kindgerechte öffentliche und gepflegte Freiräume gibt.

Wir wollen den Wassersport auf der Lahn stärken. Das Ziel, in Gießen eine Surfwelle zu schaffen, hat sich als sehr anspruchsvoll erwiesen. Wir wollen es - in Abstimmung mit anderen Nutzungen der Lahn – planerisch weiterverfolgen und den Verein bei der Projektentwicklung positiv begleiten. Wir wollen die Voraussetzungen für Pump Foiling schaffen.

Ehrenamt und Sportveranstaltungen stärken

Die Weiterentwicklung der Gießener Sportlandschaft soll transparent und im engen Dialog mit den Beteiligten erfolgen. Die Sportkommission soll als zentrales Beratungs- und Beteiligungsgremium von Politik, Verwaltung, Sportvereinen und weiteren Akteurinnen und Akteuren gestärkt werden. Das ehrenamtliche Engagement im Sport verdient unsere besondere Anerkennung und Unterstützung. Die Sportförderrichtlinie ist eine gute Basis, die wir beibehalten und nach Möglichkeit ausbauen möchten.



Sportveranstaltungen bereichern das gesellschaftliche Leben und tragen zur Attraktivität der Universitätsstadt Gießen bei. Wir wollen etablierte Sportveranstaltungen wie „Gießen tanzt“, die Pfingstregatta, das „Radrennen rund um’s Stadttheater“, „Sport in der City“, das Stadtradeln etc. erhalten und weiterentwickeln sowie neue Veranstaltungsformate unterstützen. Dabei sollen Nachhaltigkeit, umweltfreundliche Mobilität und ressourcenschonende Veranstaltungskonzepte berücksichtigt werden.

Breiten- und Spitzensport gemeinsam fördern

Breiten- und Spitzensport sind für uns keine Gegensätze, sondern ergänzen sich. Ein besonderes Augenmerk legen wir gerade im Sport auf Barrierefreiheit für Groß und Klein. Deshalb wollen wir beide Bereiche partnerschaftlich gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Land und Bund unterstützen. Besondere Bedeutung messen wir dabei der Weiterentwicklung der Osthalle und des Waldstadions bei. Wir treiben gemäß dem Sportstättenentwicklungsplan die Sanierung des kommunalen Sportparks Waldstadion für die Belange der unterschiedlichen Sportarten und Nutzergruppen voran mit dem Ziel, z.B. im Fußball mindestens den Anforderungen an die Regionalliga entsprechen zu können. Wir bekennen uns zur Bedeutung der Osthalle als zentrale Sportstätte für Gießen. Sofern erforderlich und unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt und der baulichen Möglichkeiten werden wir notwendige Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Osthalle für eine Erstligatauglichkeit unterstützen. Gemeinsam mit den 46ers werden wir gegenüber Dritten die Interessen des Bundesligastandortes Gießen vertreten.



Familie, Bildung, Jugend und Soziales

Familien stärken – beste Chancen von Anfang an

Für uns sind gute Bildungs- und Betreuungsangebote, starke Familien, lebendige Kultur, vielfältige Sportangebote und eine aktive Jugendarbeit entscheidende Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Familien sollen sich in Gießen auf verlässliche und qualitativ hochwertige Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung verlassen können, die die Entwicklung von Kindern bestmöglich fördern und unterstützen und sich an den Bedürfnissen (berufstätiger) Eltern orientieren. Deshalb hat für uns die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an wohnortnahen Kita- und Betreuungsplätzen höchste Priorität. Dabei orientieren wir uns an der tatsächlichen Entwicklung der Kinderzahlen und dem Bedarf der Familien. Unser Ziel sind verlässliche Öffnungszeiten und eine hohe Betreuungsqualität, um Berufs- und Familienleben ohne Betreuungskonflikte zu ermöglichen. Wir sehen auch zukünftig moderne Betreuungsmodelle wie Wald- und Bauernhofkindergärten vor.

Wir werden die frühkindliche Bildung weiter stärken und die bestehenden Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfsangebote für Familien besser miteinander vernetzen. Der Gießener Weg der Entwicklung von Kitas zu Familienzentren wird fortgeführt. Mit den Erfahrungen der Beratungsstellenarbeit in Familienzentren sowie der Gemeinwesenarbeit und unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten soll geprüft werden, ob und wie Sozialarbeit an Kitas eingeführt werden könnte. Insbesondere in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen sollen bestehende Unterstützungsstrukturen gezielt weiterentwickelt und gestärkt werden.

Die Trägerstrukturen im Bereich der Kindertagesbetreuung werden wir regelmäßig auf ihre Wirtschaftlichkeit, Qualität und Zukunftsfähigkeit überprüfen. Dabei werden wir auch die Vor- und Nachteile eines städtischen Eigenbetriebs für Kindertageseinrichtungen ergebnisoffen prüfen. Auch im Bereich der Kitas setzen wir auf Digitalisierung und sorgen mit der Weiterentwicklung von digitalen Anmeldesystemen („Little Bird“) für mehr Transparenz und Bürgerservice. Die Staffelgebühren werden wir beibehalten.



Bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern werden wir als Stadt auch in Zukunft auf duale Ausbildungssysteme setzen, um den Beruf weiter zu stärken.

Bildung als Schlüssel für die Zukunft

Wir sichern die Vielfalt der Gießener Schullandschaft. Dazu gehören qualitativ hochwertige Grundschulen, weiterführende Schulen, berufliche Schulen sowie Förderschulen. Inklusion und individuelle Förderung sollen dabei bestmöglich miteinander verbunden werden.

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der ganztägig arbeitenden Grundschulen, der Ganztagschulen und der Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen ein. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe, Vereinen und weiteren Bildungspartnern soll dabei weiter gestärkt werden. Die bestehenden Strukturen und Projekte von Gießen@Schule wollen wir nutzen und weiterentwickeln. Das Programm „Grundschulen mit Familienzentrum“ soll fortgeführt und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Ziel ist es, Schulen als niedrigschwellige Bildungs-, Beratungs- und Begegnungsorte zu stärken, an denen Kinder und Eltern Unterstützung finden.

Als Schulträger werden wir die notwendigen Investitionen in den Erhalt, die Erweiterung, die Sanierung und die Modernisierung unserer Schulen konsequent fortsetzen. Dabei werden wir insbesondere den Ausbau zeitgemäßer Lernumgebungen, die digitale Infrastruktur sowie die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten entsprechend der Schulentwicklungsplanung vorantreiben.

Die beruflichen Schulen in Gießen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausbildung qualifizierter Fachkräfte und sind ein zentraler Baustein für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und der gesamten Region. Zeitgemäße Lernumgebungen und digitale Infrastruktur, moderne Lehr- und Lernmittel sowie die enge Verzahnung mit den Anforderungen von Handwerk, Industrie, Dienstleistung und Gesundheitswesen sollen dabei konsequent ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, ein vielfältiges und zukunftsfähiges Ausbildungsangebot zu sichern, um jungen Menschen wohnortnahe Qualifizierungsmöglichkeiten zu bieten und den Fachkräftebedarf der regionalen Wirtschaft nachhaltig zu decken. Gemeinsam mit den beruflichen Schulen, den Kammern, den



Ausbildungsbetrieben und weiteren Partnern werden wir die Attraktivität der dualen Ausbildung stärken, in zeitgemäße Lernbedingungen investieren und die beruflichen Schulen als leistungsfähige Bildungsstandorte weiterentwickeln.

Dabei wollen wir auch die berufsvorbereitenden, berufsqualifizierenden und studienqualifizierenden Vollzeitschulformen an den beruflichen Schulen sichern, da diese eine hohe Bedeutung für den Übergang in Ausbildung haben, aber auch bereits in der Oberstufe berufs- und anwendungsbezogene Schwerpunktbildungen ermöglichen.

Die Volkshochschule und weitere Einrichtungen der Weiterbildung leisten einen wichtigen Beitrag für lebenslanges Lernen und gesellschaftliche Teilhabe. Wir werden die Volkshochschule der Universitätsstadt Gießen mit ihren Angeboten stärken und zukunftsfähig weiterentwickeln.

Die Musikschule in Trägerschaft der Universitätsstadt Gießen verstehen wir als wichtigen Bestandteil kultureller Bildung, die wir auch zukünftig im Finanzierungsmix von Beiträgen der Teilnehmenden, kommunalen Mitteln, Mittel des Landes sowie weiteren Fördermitteln betreiben werden.

Investitionen in Bildungsbauten haben in der Universitätsstadt Gießen hohe Priorität. Dabei ist das Investitionsvolumen längst nicht auskömmlich, um die bestehenden Bedarfe zeitnah zu decken. Dennoch bleiben die Investitionen im Hochbau hoch.

Bei Neubauvorhaben wird auch geprüft, ob die Realisierung über eine Mietkaufvariante fachlich und wirtschaftlich interessant ist, um Projekte schneller umzusetzen.

Kinder, Jugendliche und Familien unterstützen

Wir bekennen uns zu einer starken Kinder- und Jugendarbeit in allen Stadtteilen. Die bestehenden Einrichtungen und Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, des Jugendbildungswerks sowie der Gemeinwesenarbeit leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Bildung, Integration, Prävention und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Arbeit werden wir verlässlich fortführen und gemeinsam mit den Trägern weiterentwickeln.



Präventive Ansätze der Kinder- und Jugendarbeit werden wir weiter stärken. Hierzu gehört auch die Fortführung und Evaluation bestehender Projekte zur Gesundheitsförderung, Suchtprävention und Stärkung junger Menschen. Dazu zählt auch weiterhin die Unterstützung von Beschäftigungsträgern wie ZAUG, Jugendwerkstatt und IJB, um benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen einen Weg in den Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Die Gemeinwesenarbeit als strukturelles Element Gießener Sozialpolitik hat sich langjährig bewährt und wird unter Beibehaltung definierter Qualitätsstandards und der quartiersbezogenen Ausrichtung fortgeführt. Dabei wird sie immer wieder im Kontext aktueller Entwicklungen und Notwendigkeiten evaluiert und angepasst.

Wir fördern präventive Gesundheitsangebote in Kitas und Schulen – mit guter Ernährung, Bewegung und Gesundheitsaufklärung. Das Essen in Kitas und Schulen soll sich an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung sowie an den in der Universitätsstadt Gießen bestehenden Qualitätsstandards orientieren.

Programme wie „planet youth“, die auf frühzeitige Suchtprävention durch sinnvolle Freizeitgestaltung und Elternarbeit setzen, wollen wir in Gießen weiterführen.

Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden und weiteren freien Trägern der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit

In Gießen besteht eine vielfältige Trägerstruktur im Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit. Im Rahmen der Subsidiarität übernehmen diese Träger wichtige und überwiegend gesetzlich verankerte Aufgaben des Jugendhilfeträgers bzw. der Kommune, die in weiteren Sozialgesetzbüchern verankert sind.

Das Engagement und die Kompetenzen der Wohlfahrtsverbände bzw. der freien Träger sind unerlässlich für die soziale Infrastruktur der Stadt. Wir werden auch zukünftig dieses Engagement im kommunalen Handeln einbeziehen und die Träger so ausstatten, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben ausfüllen können.



Soziale Teilhabe und Gesundheit sichern

Zudem unterstützen wir weiterhin die Drogenberatungsstelle und die AIDS-Hilfe. Wir führen die Straßensozialarbeit fort, um chronisch abhängigen Menschen Hilfe vor Ort anzubieten. Wir unterstützen das Programm „Safer Use“, um drogenbedingte gesundheitliche Folgeschäden zu verringern. Wir unterstützen das Programm „Housing first“, um Obdachlosigkeit zu verringern und zu vermeiden.

Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen, damit ältere Menschen in Gießen möglichst lange selbstbestimmt, aktiv und gut versorgt leben können. Der Gießener Altenhilfeplan bildet hierfür eine wichtige Grundlage. Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen wollen wir gemeinsam mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren kontinuierlich weiterentwickeln und schrittweise umsetzen. Den Runden Tisch „Älter werden in Gießen“ werden wir als zentrales Beteiligungs- und Austauschformat stärken, um die Erfahrungen und Bedarfe älterer Menschen sowie der Träger und Einrichtungen frühzeitig in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Ziel ist eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote für Seniorinnen und Senioren sowie eine generationenfreundliche Stadt, die Teilhabe, Prävention und soziale Vernetzung im Alter fördert. Wir wollen unter anderem das Generationenwohnen mit Mehrgenerationenhäusern, Senioren-WGs und sozial gemischten Quartieren aktiv unterstützen und Wohnpartnerschaften zwischen Älteren und Jüngeren gezielt fördern.

Wir fördern die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Inklusion, Integration, Barrierefreiheit sowie die Förderung von Chancengleichheit verstehen wir als Querschnittsaufgaben kommunaler Politik.

Wir bekennen uns zum Gießen-Pass als wichtiges Instrument, um Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, sportlichen und sozialen Leben in unserer Stadt zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir den Gießen-Pass auf Zielgenauigkeit, soziale Treffsicherheit, Praktikabilität und Aktualität hin überprüfen. Ziel ist es, den Gießen-Pass bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass die vorgesehenen Leistungen diejenigen erreichen, die auf Unterstützung besonders angewiesen sind.



Frauen, Gleichstellung und Gewaltschutz

Wir wollen ein Gießen, in dem alle die gleichen Chancen haben und selbstbestimmt leben können. Gleichstellung verstehen wir als dauerhafte kommunale Aufgabe, die alle Politikbereiche betrifft. Unser Ziel ist eine Stadt, die die unterschiedlichen Lebensrealitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und faire Teilhabe in Familie, Beruf und Gesellschaft ermöglicht.

Dafür werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsangebote sowie familienfreundliche Rahmenbedingungen tragen dazu bei, insbesondere Frauen gleiche Chancen im Berufsleben zu eröffnen. Gleichzeitig wollen wir Frauen in Ausbildung, Beruf und Führungspositionen gezielt unterstützen und bestehende Beratungs- und Vernetzungsangebote stärken. Wir wollen die Wirkung kommunaler Maßnahmen und Förderprogramme stärker in den Blick nehmen. Dabei sollen insbesondere soziale Teilhabe, Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit und gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt werden.

Eine lebenswerte Stadt ist auch eine sichere Stadt. Deshalb werden wir die Stadtentwicklung weiterhin so gestalten, dass öffentliche Räume für alle Menschen gut nutzbar und sicher sind. Dazu gehören barrierefreie und gut beleuchtete Wege, sichere Aufenthaltsbereiche sowie eine Infrastruktur, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Nutzergruppen gerecht wird.

Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir bekennen uns zur konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention und werden Prävention, Schutz und Beratung weiter stärken. Schutz- und Beratungsangebote sollen bedarfsgerecht weiterentwickelt und dauerhaft erhalten werden. Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit aller beteiligten Einrichtungen weiter ausbauen.

Präventionsarbeit und Aufklärung leisten einen wichtigen Beitrag, um Gewalt frühzeitig entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir schulische Informations- und Bildungsangebote, Jugendarbeit und Öffentlichkeit stärken. Unser Ziel ist ein sicheres Nachtleben und ein sicherer Heimweg. Alle Menschen sollen sich in Gießen jederzeit sicher bewegen und am öffentlichen Leben teilhaben können. Für dieses Ziel sollen der Masterplan zur kommunalen Sicherheit in Gießen und der 5-Punkte-Plan für ein sicheres Nachtleben weiter umgesetzt werden.



Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und (queer)feministische Initiativen in Gießen weiterhin sichtbare, geschützte und gut erreichbare Räume haben. Vor dem Hintergrund der Schließung des Frauenkulturzentrums unterstützen wir die Suche nach einem neuen Frauenzentrum in neuer Trägerschaft als sicherem Ort der Begegnung, Beratung, Kultur und politischen Bildung.

Vielfalt, Inklusion, Integration

Wir wollen ein Gießen, in dem alle Menschen unabhängig von Herkunft, Behinderung, Alter, Religion, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Vielfalt ist eine Stärke unserer Stadt und Grundlage für ein respektvolles Miteinander. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sicher, respektiert und frei von Diskriminierung leben können. Queerfeindlichkeit, Hass und Gewalt treten wir entschieden entgegen. Die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten erhalten bleiben. Unser Ziel ist eine Stadt, die von Respekt, Zusammenhalt und gegenseitiger Wertschätzung geprägt ist und allen Menschen die gleichen Chancen auf Teilhabe eröffnet.

Inklusion ist für uns ein Leitprinzip kommunalen Handelns. Wir setzen uns dafür ein, Barrieren konsequent abzubauen und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Bei städtischen Planungen, Bauvorhaben, öffentlichen Veranstaltungen und der Digitalisierung von Verwaltungsangeboten soll Barrierefreiheit frühzeitig berücksichtigt werden. Informationen und Dienstleistungen der Stadt sollen möglichst verständlich und barrierefrei zugänglich sein, der analoge Zugang muss weiterhin erhalten bleiben. Die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Planungs- und Entscheidungsprozessen wollen wir weiter stärken und den Beirat für Menschen mit Behinderung als vertretendes Gremium auch weiterhin einbinden.

Nach Gießen kommen Menschen mit sehr unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten – zum Beispiel als Arbeits- und Fachkräfte im Bereich der Hochschulen, der Klinika, von Unternehmen und Handwerk und des Dienstleistungsbereichs, als Studierende, im Zuge des Familiennachzugs oder als Geflüchtete und Schutzsuchende. Gießen hat eine lange Tradition als weltoffene und tolerante Stadt, die es zu bewahren gilt. Gute Nachbarschaften zwischen



Menschen unterschiedlicher Herkunft, gleichberechtigte Bildungs- und Teilhabechancen und Zugang zu gesellschaftlichen Ereignissen und Institutionen sind wichtige Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gelingende Integration. Dabei verstehen wir Integration immer als wechselseitigen Prozess, in dem es um Teilhabe, interkulturelle Öffnung und die Möglichkeit, jeweils eigene Perspektiven einzubringen, geht. Gleichzeitig ist ein Bekenntnis zu unseren Werten und der freiheitlich demokratischen Grundordnung obligatorisch.

Vor diesem Hintergrund wollen wir den Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, der Bildungsinstitutionen und anderer Regelsysteme weiterführen, Initiativen und Projekte, die Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit zum Ziel haben, unterstützen und die Integrationsangebote der Kommune bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Spracherwerb ist der wichtigste Schlüssel für eine gelingende Integration. Deshalb wollen wir die bestehenden Konzepte und Angebote bedarfsgerecht weiterführen. Bei der Konzeptionierung und Durchführung kommunaler Integrationsangebote werden wir sowohl die Perspektiven von Menschen mit eigener Zuwanderungsgeschichte, die Erfahrungen der in diesem Bereich haupt- und ehrenamtlich Tätigen als auch die Ergebnisse vorangegangener Projekte einbeziehen.

Das ehrenamtliche Engagement vieler Vereine, Migrantenorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil gelingender Integrationsarbeit und verdient auch künftig verlässliche Unterstützung.

Wichtiger Akteur für die Vertretung der Belange der ausländischen Bevölkerung ist der Ausländerbeirat der Universitätsstadt Gießen, dessen Ausstattung für die Wahrnehmung seiner Aufgaben und Angelegenheiten auch zukünftig gewährleistet wird.

In allen städtischen Verantwortungsbereichen treten wir entschieden allen Formen von Diskriminierung, Rassismus, jeglicher Art von Extremismus und Antisemitismus entgegen.



Mobilität, Energie, Umwelt und Klima

Mobilität

Eine moderne Verkehrspolitik schafft Mobilität für alle Menschen, unabhängig von Einkommen, Mobilitätseinschränkungen und Wohnort. Unser Ziel ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihre Ziele sicher und zuverlässig erreichen können. Unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Bus, der Bahn oder dem Auto unterwegs sind. Die Gestaltung der Verkehrsführung wollen wir möglichst nachvollziehbar und übersichtlich gestalten.

Unser Ziel ist eine leistungsfähige, sichere und nachhaltige Mobilität, die den Herausforderungen einer wachsenden Stadt begegnet und die Lebensqualität in allen Stadtteilen verbessert. Die Grundlage hierfür ist der Verkehrsentwicklungsplan. Dazu setzen wir insbesondere auf effizientere Verkehrsführung durch digital gestützte Systeme und eine Steigerung der Attraktivität von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, um die Sicherheit und den Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Wir verstehen Mobilität als Gesamtsystem. Deshalb wollen wir die verschiedenen Verkehrsmittel besser miteinander verknüpfen. So wollen wir Wege einfacher, komfortabler und effizienter gestalten.

Bei allen Maßnahmen legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf eine barrierefreie Ausgestaltung.

Fußverkehr ist die Grundlage jeder Mobilität. Wir werden die Bedingungen für Fußgängerinnen und Fußgänger konsequent verbessern, insbesondere im Hinblick auf Sicherheit und Barrierefreiheit. Wir setzen uns für barrierefreie Übergänge, durchgängige und sichere Gehwege sowie zusätzliche Querungsmöglichkeiten ein. Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum soll durch eine attraktive Gestaltung und Begrünung von Straßen und Plätzen erhöht werden. Besondere Priorität haben sichere Schul- und KiTa-Wege.

Der ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen und sozialen Mobilität für unsere Stadt. Deshalb wollen wir ihn nach den Plänen des Nahverkehrsplanes weiterentwickeln. Dabei werden wir die aktuelle Haushaltslage im Blick behalten und, wenn nötig, Ausbauschritte überprüfen. Wir verfolgen weiterhin den Plan, dass alle Ziele im Stadtgebiet mit maximal einem Umstieg zu erreichen sind. Im Fokus stehen hierbei unter anderem die Margaretenhütte, das Europaviertel, das Evangelische Krankenhaus und das Schwimmbad



Ringallee/THM. Um die Erreichbarkeit per Bahn aus dem Umland zu verbessern, wollen wir uns für die zusätzliche Bahnhaltspunkte US-Depot und Uni-Hauptgebäude (Riegelpfad) einsetzen. Darüber hinaus wollen wir Mobilitätsstationen und Smart-Mobility-Hubs (Knotenpunkte) schaffen, um eine verbesserte Vernetzung der Verkehrsmittel zu erreichen und multimodale Mobilität zu ermöglichen. Ergänzend prüfen wir die Einführung einer Mobilitätsflatrate sowie bedarfsgesteuerter On-Demand-Verkehre.

Wir wollen ein durchgängiges, sicheres Radnetz etablieren, um die Attraktivität des Radverkehrs weiter zu steigern und bestehende Lücken kurzfristig zu schließen. Dazu werden wir das Radwegenetz im Stadtgebiet ausbauen, die Verbindungen zu Ortsteilen sowie Nachbarkommunen soweit notwendig verbessern. Radwegverbindungen sollen durch gute Beleuchtung, eindeutige Markierungen und jeweils ausreichende Breite sicherer werden. Zudem schaffen wir bedarfsgerecht zusätzliche Fahrradabstellanlagen und bauen das Bike-Sharing-Angebot (inklusive Lastenräder) zielgerichtet weiter aus, insbesondere auch in den Ortsteilen. Wir wollen zeitnah die Fahrradbrücke über die Wieseckmündung realisieren. Außerdem planen wir die Schaffung eines separaten, sicheren, befestigten Rad- und Fußwegs zwischen Ursulum und Wieseck. Für die Stärkung des Radverkehrs soll das jährliche Stadtradeln beibehalten werden.

Das Auto wird auch weiterhin wichtiger Bestandteil der Mobilität sein. Deshalb werden wir Straßen bedarfsgerecht sanieren und den Verkehrsfluss durch intelligente Steuerung und moderne Ampeln verbessern. Ein zeitgemäßes Parkleitsystem soll Parksuchverkehr reduzieren und die vorhandenen Kapazitäten effizienter nutzen. Bei neuen Quartieren wollen wir den Einsatz von Quartiersparkhäusern forcieren. Wir unterstützen den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und Carsharing-Angebote als Ergänzung zum privaten Pkw.

Beim Umgang mit Gehwegparken setzen wir auf verhältnismäßige und rechtssichere Lösungen. Wo die Barrierefreiheit (z. B. für Kinderwagen und Rollstühle) gefährdet ist, schaffen wir Abhilfe. Ein pauschaler Wegfall von Parkflächen ohne adäquaten Ersatz in unmittelbarer Nähe wird möglichst vermieden.

Wir wollen, dass der Kfz-Verkehr über die Hauptverkehrsstraßen stattfindet, und Durchgangsverkehr durch Wohngebiete möglichst vermieden wird. Wir nutzen Tempo 30



insbesondere vor sensiblen Einrichtungen wie Kitas und Schulen. Zur Unterstützung der Bediensteten des Uniklinikums befürworten wir den Bau eines weiteren Parkhauses des Uniklinikums.

Mobilitätsstationen dienen dazu, die verschiedensten Verkehrsträger an einem Ort zu vernetzen. Deshalb wollen wir Mobilitätsangebote stärker an den unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen ausrichten. Hierfür sollen zentrale Mobilitätsstationen an bestehenden Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs entstehen.

Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihren Arbeitsplatz zuverlässig, schnell und flexibel erreichen können. Gerade dort, wo durch große Arbeitgeber ein hoher Parkdruck entsteht, braucht es attraktive Alternativen zum eigenen Pkw. Deshalb wollen wir gemeinsam mit einem großen Arbeitgeber eine Mobilitätsstation als Pilotprojekt einrichten und erproben. Aufgrund der gut planbaren Arbeitszeiten und Wege bietet sich ein solcher Standort besonders an, um neue Mobilitätsangebote zu testen und Erkenntnisse für eine spätere Ausweitung des Konzepts auf andere Standorte im Stadtgebiet zu gewinnen.

Auch bei Großveranstaltungen wie dem Stadtfest oder dem Weihnachtsmarkt wollen wir bestehende Parkflächen zeitweise zu Mobilitätsstationen entwickeln. Besucherinnen und Besucher sollen dort bequem auf Shuttlebusse, Fahrräder oder weitere Mobilitätsangebote umsteigen können, um eine leistungsfähige und nachhaltige An- und Abreise zu ermöglichen.

Wir investieren, um unsere Straßen-Infrastruktur in gutem Zustand zu erhalten und weiter ausbauen. Taktgeber für die Sanierung soll dabei der Ausbau des Fernwärmenetzes sein.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass mit dem Bau der Konrad-Adenauer-Brücke auf Grundlage der vorhandenen Planung (4 Fahrstreifen sowie zusätzlich beiderseitige Fuß- und Radwege) in dieser Wahlperiode begonnen wird. Die Koalition ist sich einig, dass die folgenden Projekte/Straßen in den nächsten fünf Jahren weiter fortgeführt werden sollen: Fahrradbrücke Wieseck, Sanierung der Bismarckstraße und Grünberger Straße sowie die barrierefreie Verbindung zur Sieboldstraße.

Wir sprechen uns dafür aus, dass der baulich verfügbare Straßenraum auf die verschiedenen Verkehrsträger gerecht und dem tatsächlichen Bedarf entsprechend aufgeteilt wird.



Sämtliche anstehenden Straßensanierungsmaßnahmen und Straßenbaumaßnahmen werden entsprechend so geplant und umgesetzt, dass den heutigen und zukünftigen Bedarfen in der betroffenen Straße entsprochen und die allgemeine Sicherheit erhöht wird. Gehwegbreiten, Fahrradwege oder Fahrradschutzstreifen werden entsprechend ausreichend dimensioniert geplant und umgesetzt, sodass die verbleibende Fahrbahnbreite ausreichend Raum zur Aufnahme der benötigten Anzahl von Fahrstreifen für ÖPNV und Individualverkehr bietet.

Wir werden im Zuge von Sanierungs- und Neubaumaßnahmen Kreuzungsbereiche, Plätze, Bushaltestellen und Gehwege barrierefrei gestalten und laufende Planungen hierzu fortführen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Baustellen der verschiedenen Leitungsträger und Bauträger weiterhin koordiniert werden. Zeitgleiche Sperrungen von nahezu parallel verlaufenden Straßen wollen wir vermeiden. Mobilität der Zukunft besteht nicht nur aus Straßen, Schienen oder Fahrzeugen. Sie lebt davon, dass Menschen verlässliche Informationen, einfache Zugänge und gut vernetzte Angebote haben. Digitale Lösungen können dabei helfen, Mobilität übersichtlich, effizient und alltagstauglich zu machen – wenn sie sich am Nutzen für die Menschen orientieren. Unser Ziel ist eine smarte Mobilität, die den Alltag erleichtert, Wege planbarer macht und verschiedene Verkehrsmittel sinnvoll miteinander verbindet.

Wir wollen die Verzahnung unterschiedlicher Mobilitätsangebote vorantreiben – etwa Fahrradverleihsysteme, Carsharing, Bus- und Bahntickets – in einer einheitlichen digitalen Anwendung. Nutzerinnen und Nutzer sollen ihre Mobilität mit möglichst wenig Aufwand organisieren können: Informieren, buchen, bezahlen und kombinieren – alles an einem Ort.

Dabei setzen wir ausdrücklich auch auf die Weiterentwicklung bestehender Apps, statt neue Insellösungen zu schaffen. Ziel ist es, verschiedene Konten, Leihsysteme und Tickets in einer Anwendung zusammenzuführen. Dazu gehört auch eine Prüfung der Möglichkeit für bargeldloses Bezahlen von Parkplätzen in der Anwendung.

Auch aktuelle Informationen zu Parkhäusern – etwa Auslastung, Standorte und Preise – sollen dort transparent und leicht verständlich abrufbar sein. So können Wege besser geplant und unnötiger Suchverkehr vermieden werden. Dazu gehört ebenso die Verfügbarkeit von



Echtzeitdaten zu Bussen, Car- und Bike-Sharing, Wartezeiten und Radwegen, die abrufbar sein sollen (bspw. wäre die Gießen- oder RMV-App als zentrale Stelle denkbar).

Weiter wollen wir prüfen, inwieweit auch das Baustellenmanagement in diese App aufgenommen werden kann, idealerweise mit Alternativrouten bzw. Alternativstellplätzen für Pkw und Fahrräder.

Digitale Technik kann helfen, den vorhandenen Verkehrsraum effizienter zu nutzen. Wir wollen deshalb den Einsatz intelligenter Ampelsteuerungen vorantreiben, die Ampelphasen dynamisch an das tatsächliche Verkehrsaufkommen anpassen. Dazu gehört ein Sensornetzwerk, das neben Verkehrsaufkommen auch Werte wie Temperatur, Luftqualität und Schadstoffe erfassen kann.

Eine solche Steuerung kann Staus reduzieren, den Verkehrsfluss verbessern und Emissionen senken – insbesondere zu unterschiedlichen Tageszeiten und an verschiedenen Wochentagen. Dabei wollen wir alle Verkehrsteilnehmenden im Blick behalten: Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV und motorisierten Individualverkehr.

Die Nutzung von Verkehrs- und Mobilitätsdaten bietet große Chancen für eine bessere Planung und mehr Sicherheit. Wir wollen vorhandene Daten nutzen, um Gefahrenstellen zu erkennen, Verkehrsströme besser zu verstehen und Maßnahmen gezielt weiterzuentwickeln.

Digitale Lösungen müssen nachvollziehbar, datensparsam und vertrauenswürdig sein.

Energie

Die Koalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Stadt Gießen verfolgt das gemeinsame Ziel, die Energieversorgung der Stadt nachhaltig, sicher, bezahlbar und zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Ein zentraler Schwerpunkt ist der konsequente Ausbau erneuerbarer Energie. Insbesondere Photovoltaik soll auf öffentlichen Gebäuden, privaten Dachflächen sowie geeigneten versiegelten oder bereits vorbelasteten Flächen deutlich ausgeweitet werden.

Die Einflussbereiche der Stadtpolitik beschränken sich auf die eigenen Gebäude und Grundstücke, mittelbar die Stadtwerke Gießen, die planungsrechtlichen Grundlagen für



Energieprojekte, strategische Rahmenplanungen wie Wärmeplanung, Kommunikation und Informationsangebot für Bürgerinnen und Bürger. Die städtische Energiepolitik leistet in diesem Rahmen ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Die von der Stadt und den Stadtwerken gegründete MIT.Gießen leistet dabei einen wichtigen Beitrag. Sie initiiert und bündelt Projekte insbesondere im Bereich Photovoltaik auf städtischen Flächen und stärkt damit eine klimafreundliche, wirtschaftlich tragfähige Energieerzeugung vor Ort. Mit dieser Gesellschaft wollen wir den Ausbau von Solarstromerzeugung auf öffentlichen Liegenschaften kontinuierlich vorantreiben.

Ergänzend setzen wir auf Beratung und Information. Hemmnisse beim Ausbau insbesondere auch im Bereich des Denkmalschutzes wollen wir abbauen und Eigentümerinnen und Eigentümer dadurch bei klimafreundlichen Sanierungsmaßnahmen unterstützen. Auch Mieterstrommodelle und gemeinschaftliche Anlagen können dazu ihren Beitrag leisten.

Explizit unterstützen wir das Projekt Fernewald, und stellen dafür die Flächen in städtischer Hand zur Verfügung.

Den bereits eingeschlagenen Weg der kommunalen Wärmeplanung der Stadt und Transformationsplanung der SWG wollen wir weiter beschreiten. Diese wird kontinuierlich weiterentwickelt und dient als strategischer Orientierungsrahmen für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung. Auf Fernwärme-Anschlusszwang wollen wir dabei verzichten, wohl aber bei neu erschlossenen Gebieten, bei entsprechendem Wunsch der Stadtwerke, den Ausbau von Fernwärme unterstützen.

Dabei wird das bestehende Fernwärmenetz unter Wahrung der Technologieoffenheit schrittweise ausgebaut und modernisiert. Ein besonderer Fokus liegt künftig auf der Nutzung industrieller und gewerblicher Abwärmepotenziale, die systematisch erschlossen und in das Wärmenetz integriert werden sollen. So können die Effizienz der Wärmeversorgung deutlich gesteigert und zusätzliche erneuerbare bzw. klimaneutrale Quellen erschlossen werden.

Ergänzend wird die Energieeffizienz als tragende Säule der städtischen Energiepolitik gestärkt. Die öffentliche Straßenbeleuchtung wird dabei weiterhin auf moderne, energieeffiziente LED-Technologie umgestellt. Darüber hinaus verpflichtet sich die Stadt, bei kommunalen



Neubauten und Sanierungen eigener Gebäude wirtschaftlich angemessene energetische Standards anzustreben und kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Bioenergie bleibt Bestandteil des erneuerbaren Energiemixes der Stadt Gießen und wird in enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Gießen und den Mittelhessischen Wasserbetrieben weiter genutzt und ausgebaut. Dabei umfasst der Bereich insbesondere die Nutzung von Biogas aus den bestehenden Anlagen in Buseck und Heuchelheim, in denen aus regionalen Einsatzstoffen Strom und Wärme in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden und zum anderen die energetische Nutzung von fester Biomasse, insbesondere Holz und Holzhackschnitzeln aus regionalen und nachhaltigen Quellen, wie sie bereits in den Biomasse- und Holzhackschnitzel-Heizwerken der Stadtwerke Gießen eingesetzt werden. Diese Anlagen tragen wesentlich zur sicheren, planbaren und wetterunabhängigen erneuerbaren Energieerzeugung sowie zur Einspeisung in das Fernwärmenetz bei.

Darüber hinaus unterstützen wir die SWG und die MWB in ihrem Vorhaben der Errichtung einer Klärschlammverbrennungsanlage. Durch die gesetzlichen Einschränkungen der Möglichkeit zur Ausbringung von Klärschlamm in der Landwirtschaft und der Pflicht zur Phosphorrückgewinnung wird der in Gießen anfallende Klärschlamm zur thermischen Verwertung derzeit in Reststoffverwertungsanlagen gebracht, was teuer und uneffektiv ist. Mit der Errichtung einer eigenen Klärschlammverbrennungsanlage wird eine effektive Verwertung und Nutzung der dabei entstehenden Energie sichergestellt und die gesetzlich vorgeschriebene Rückgewinnung des wertvollen Rohstoffs Phosphor erreicht.

Eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Energiewende in Gießen nehmen die Stadtwerke ein. Sie werden als strategischer Partner gestärkt und sollen insbesondere beim Ausbau erneuerbarer Energien, der Strom- und Wärmenetze und der Digitalisierung der Infrastruktur eine führende Rolle übernehmen. Dabei geht es insbesondere um die Stromnetzinfrastruktur und den Smart Meter Rollout. Die Stadt unterstützt die notwendige Investitions- und Transformationsfähigkeit der Stadtwerke aktiv im Rahmen der haushälterischen Möglichkeiten.

Die wirtschaftliche Stabilität der SWG sowie deren verlässliche Ertragsausschüttung an den städtischen Haushalt zur Sicherung der allgemeinen Daseinsvorsorge sollen hierdurch nicht gefährdet werden. Zudem werden die Beratung und Unterstützung der Bürgerinnen und



Bürger deutlich ausgebaut. Niedrigschwellige Informations- und Förderangebote zu Themen wie energetischer Sanierung, Heizungsmodernisierung, Photovoltaik, Energiespeicherung und Energieeinsparung sollen helfen, private Investitionen in den Klimaschutz zu erleichtern und sozial ausgewogen zu gestalten. Die Partner vereinbaren, dass staatliche und kommunale Vorgaben nicht zu einer existenziellen Überforderung von Mieterinnen und Mietern durch Modernisierungumlagen sowie von selbstnutzenden Eigentümern führen dürfen. Insgesamt versteht die Koalition die Energiewende als gemeinsame kommunale Zukunftsaufgabe, die nur im Zusammenspiel von Stadt, Stadtwerken, Wirtschaft und Bürgerschaft erfolgreich umgesetzt werden kann. Fortschritte werden regelmäßig überprüft und transparent dargestellt, um eine verlässliche und nachvollziehbare Entwicklung der Energiepolitik in Gießen sicherzustellen.

Umwelt und Klima

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist für uns eine wesentliche politische Leitlinie. Unser Ziel ist ein zukunftsfähiges Gießen, in dem der Schutz der Biodiversität, die Steigerung der Klimaresilienz sowie ein aktiver Naturschutz gleichrangig neben dem Streben nach Klimaneutralität stehen. Wir begreifen diese Aufgabe als einen ganzheitlichen Prozess, bei dem ökologische Notwendigkeiten stets mit sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden.

Klimaschutz beginnt vor Ort. Umwelt-, Arten- und Tierschutz sind zentrale Voraussetzungen für eine lebenswerte und klimaresiliente Stadt. Natur in der Stadt bedeutet Lebensqualität – gerade in einer wachsenden Stadt wie Gießen. Unser Anspruch ist klar: Stadtentwicklung und Naturschutz müssen gemeinsam gedacht und umgesetzt werden.

Wir wollen Gewässer (z.B. Krebsbach, Klingelbach, Wieseck) renaturieren, damit sie als Lebensraum dienen und einen wichtigen Beitrag zur Hochwasservorsorge leisten.

Der Stadtwald muss weiter an den Klimawandel angepasst werden, damit er als Erholungsraum und Klimaregulator erhalten bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Stadtwald auch weiterhin FSC-zertifiziert bleibt.



Stadtbäume schützen, pflegen und ausbauen

Stadtbäume sind ein zentraler Baustein einer klimaresilienten Stadt. Sie spenden Schatten, kühlen ihre Umgebung und verbessern die Luftqualität. Wir wollen bestehende gesunde Bäume schützen, Nachpflanzungen vorantreiben und die langfristige Pflege sichern. Baumstandorte sollen frühzeitig in Planungen berücksichtigt werden. Entsiegelung und naturnahe Pflege öffentlicher Flächen verstehen wir dabei als zentrale Instrumente moderner Stadtentwicklung, um Böden zu schützen, Wasser zu speichern und Hitze- sowie Starkregenfolgen zu mindern. Maßnahmen für den Erhalt von Stadtbäumen (z.B. Kooperationen mit der Lugredu Stiftung, Baumpatenschaften) sollen geprüft werden.

Wir setzen uns für den Erhalt und die ökologische Weiterentwicklung bestehender Grünflächen ein, schaffen neue Grünräume und stärken die Biodiversität im gesamten Stadtgebiet. Dazu gehören Blühflächen, Biodiversitätsstreifen, strukturreiche Grünräume, naturnahe Spiel- und Aufenthaltsflächen sowie eine biodiversitätsfreundliche Gestaltung von Verkehrs- und Randflächen. Auch private Gärten, Höfe und Dächer bieten Potenziale, die wir durch Information, Beratung und Anreize stärker nutzen wollen. Bestehende Flächen für saisonale Gärten sollen erhalten werden.

Wir werden bestehende Streuobstwiesen auch weiterhin revitalisieren und pflegen. Sie sind wichtig für Bodenschutz und Erosion, verbessern das Mikroklima und bewahren alte Obstsorten. Wir unterstützen die Zusammenarbeit mit den Naturschutzgruppen sowie Obst- und Gartenbauvereinen.

Präventiv handeln

Neben der Reduktion von Treibhausgasen rückt die Anpassung an die Folgen des Klimawandels immer stärker in den Fokus. Hitzeperioden, Starkregen und Trockenphasen stellen wachsende Herausforderungen dar, insbesondere für ältere Menschen, Kinder, chronisch Erkrankte und andere vulnerable Gruppen. Mit dem Hitzeschutzplan hat die Stadt Gießen bereits wichtige Grundlagen geschaffen. Dieser hat sich bewährt und wird weiterentwickelt. Hierbei konzentrieren wir uns auf die Ausweisung und Weiterentwicklung von kühlen Orten, mehr Trinkbrunnen im öffentlichen Raum, zusätzliche Schattenplätze,



insbesondere auch bei Spielplätzen sowie hitzegerechte Gestaltung von Plätzen, Wegen und Quartieren.

Eine Sanierung des maroden und derzeit für den Fußverkehr gesperrten Dammwegs zwischen dem Schwanenteich und der Wieseck soll geprüft werden. Dabei sollen auch neue Ansätze in die Prüfung einfließen. Die Abwägung muss anhand konkreter Prüfergebnisse erfolgen und u.a. die Kosten, die bauliche Langlebigkeit und zukünftige Risiken (z.B. Wurzelwachstum) berücksichtigen.



Grundsätze der Zusammenarbeit

Grundhaltung unserer gemeinsamen Politik

Die Koalitionspartner verstehen ihre Zusammenarbeit als verlässliche Partnerschaft auf Augenhöhe. Grundlage unseres gemeinsamen Handelns sind gegenseitiger Respekt, Vertrauen, Transparenz und die Bereitschaft, unterschiedliche politische Positionen im konstruktiven Dialog zu tragfähigen Lösungen für die Universitätsstadt Gießen zusammenzuführen.

Wir werden unsere Entscheidungen an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie an den langfristigen Entwicklungszielen unserer Stadt ausrichten. Dabei steht für uns eine sachorientierte, lösungsorientierte und verlässliche Kommunalpolitik im Mittelpunkt.

Gemeinsames Handeln setzt die Bereitschaft zu Kompromissen und ausgewogenen Konzepten und Vorhaben voraus, in denen sich alle Koalitionspartner wiederfinden bzw. in der Gesamtbilanz gleichberechtigt repräsentiert sind.

Positionierungen der Koalitionspartner, die landes- oder bundespolitische Themen betreffen, spielen in der Arbeit der Koalition keine Rolle und werden außerparlamentarisch vertreten.

Die Koalitionspartner verpflichten sich zu einem fairen und loyalen Umgang miteinander. Meinungsverschiedenheiten werden zunächst innerhalb der Koalition offen und vertrauensvoll beraten, mit dem Ziel, gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gemeinsam getroffene Entscheidungen werden von allen Koalitionspartnern nach außen geschlossen vertreten.

Die Umsetzung dieses Koalitionsvertrages wird regelmäßig gemeinsam überprüft. Die Koalitionspartner werden den Fortschritt der vereinbarten Vorhaben kontinuierlich bewerten und – sofern erforderlich – gemeinsam auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren. Dabei bleibt das gemeinsame Ziel unverändert: Die Universitätsstadt Gießen finanziell handlungsfähig zu halten, ihre Zukunft aktiv zu gestalten und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu sichern.



Dezernatsverteilung

Die Zuordnung der Dezernate erfolgt durch den Oberbürgermeister im Benehmen mit den jeweiligen Dezernentinnen und Dezernenten sowie im Einvernehmen mit den Koalitionspartnern.

Sollten sich im Laufe der Wahlperiode organisatorische, rechtliche oder sachliche Erfordernisse ergeben, können Änderungen der Dezernatszuschnitte vorgenommen werden. Diese erfolgen ausschließlich im gegenseitigen Einvernehmen der Koalitionspartner.

Hauptamtlicher Magistrat

Der hauptamtliche Magistrat der Universitätsstadt Gießen setzt sich aus der direkt gewählten Oberbürgermeisterin bzw. dem direkt gewählten Oberbürgermeister, der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister sowie zwei hauptamtlichen Stadträtinnen bzw. Stadträten zusammen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass nach Ablauf der derzeitigen Amtszeit des Bürgermeisters, dieses Amt, auf die CDU als größte Partei innerhalb der Koalition übergeht. Die dadurch freiwerdende Position des hauptamtlichen Stadtrats wird anschließend von Bündnis 90/Die Grünen besetzt.

Ehrenamtlicher Magistrat mit Dezernat

Die Koalitionspartner vereinbaren, dass die CDU einen ehrenamtlichen Stadtrat mit eigenständiger Dezernatsverantwortung stellt. Die Zuständigkeiten des Dezernats werden im Rahmen der Geschäftsverteilung des Magistrats übertragen. Der ehrenamtliche Stadtrat nimmt seine Aufgaben eigenverantwortlich im Rahmen der ihm übertragenen Zuständigkeiten wahr.

Personelle Besetzung weiterer Funktionen

Über die personelle Besetzung der den jeweiligen Koalitionspartnern zustehenden Positionen entscheidet jede Partei eigenverantwortlich. Die Koalitionspartner informieren sich über beabsichtigte Personalentscheidungen frühzeitig und vertrauensvoll.



Bei gemeinsamen Wahlvorschlägen für Gremien, Ausschüsse, Aufsichtsräte, Eigenbetriebe und sonstige Beteiligungen besteht Einvernehmen, dass im Falle des Ausscheidens eines Mitglieds derjenige Koalitionspartner das Vorschlagsrecht für die Nachbesetzung ausübt, dessen Vertreterin oder Vertreter ausgeschieden ist. Die übrigen Koalitionspartner unterstützen diesen Vorschlag im Rahmen der erforderlichen Wahlen oder Beschlussfassungen.

Oberbürgermeisterwahl 2027

Den Termin für die im Jahr 2027 anstehende Oberbürgermeisterwahl der Universitätsstadt Gießen werden die Koalitionspartner rechtzeitig und im gegenseitigen Einvernehmen gemeinsam vorschlagen.

Inkrafttreten

Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Wahlperiode 2026 bis 2031 der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen. Sie tritt in Kraft, sobald sie von den zuständigen Gremien der Koalitionspartner entsprechend deren Satzungen beschlossen und von den jeweiligen Vertreterinnen und Vertretern unterzeichnet worden ist.



Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Gießen, 24. August 2026



Frederik Bouffier

Vorsitzender

CDU



Nina Heidt-Sommer

Vorsitzende

SPD



Alexander Wright

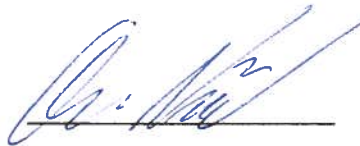
Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen



Dominic Eser

Fraktionsvorsitzender
der CDU-Fraktion



Christopher Nübel

Fraktionsvorsitzender
der SPD-Fraktion



Jana Widdig

Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

